

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 4
DEZEMBER 2007
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

www.deza.admin.ch

**Der EU-Erweiterungsbeitrag
der Schweiz und seine
Auswirkungen – hier wie dort**

**Haiti zwischen Voudou,
kulturellem Potenzial und
regelmässigen Katastrophen**

**Die Budgethilfe und seine
viel diskutierten Stärken
und Schwächen**



DOSSIER



EU-ERWEITERUNGSBEITRAG

Shoppingmeile im alten Kohlebergwerk

Trotz Wachstumseuphorie in den neuen EU-Ländern gibt es auch Verlierer, und längst haben noch nicht alle den Strukturwandel geschafft. Eine Momentaufnahme aus Polen.

6

Neue Märkte und Perspektiven

Schweizer Unternehmen entdecken Osteuropa als zukunftssträchtigen Markt, und für die Forschung erhofft man sich neue Impulse

12

Nischen und Know-how

Die Schweiz engagiert sich mit ihrem Beitrag ans «neue Europa» dort, wo sie Spezielles beitragen kann

14

Das fehlende Glied in der humanitären Kette

Auf Anregung der Schweiz wurde in Genf das Global Humanitarian Forum gegründet

24

FORUM



Die Budgethilfe: Nicht perfekt, aber zumindest existent

Über Stärken und Schwächen eines relativ neuen Instruments der Entwicklungszusammenarbeit

26

Verwöhnte kleine Vietnamesen

Die vietnamesische Schriftstellerin Phan Thi Vang Anh über mittellose junge Frauen und verzogene Knirpse

29

HORIZONTE



«Haïti chérie» und ihr schlechter Ruf

Ein Länderportrait über den Inselstaat in den Grossen Antillen, der zu den zehn ärmsten Ländern der Welt gehört

16

Kurze Chronik einer Witwe

Viergela Louisy über ihren Alltag in Port-au-Prince

20

KULTUR



Voudou und Haiti – untrennbar miteinander verbunden

Die Schweizerin Marianne Lehmann hat in Haiti eine der weltweit wichtigsten Sammlungen von Voudou-Kunst zusammengetragen

30

DEZA

Die Schweiz im Weltgang

DEZA-Direktor Walter Fust darüber, dass wir mehr Energie dafür verwenden, Dinge abzuwehren als Lösungen mitzugestalten

21

Viel Wissen um Wasser in Ouagadougou

Viele Menschen in Westafrika profitieren von einer Hochschul-Partnerschaft zwischen Burkina Faso und der Schweiz

22

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist ...	
Corporate Social Responsibility?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Doppelter Milliardengewinn

Das Dossier der vorliegenden Ausgabe von «Eine Welt» ist dem Beitrag der Schweiz zur Erweiterung der Europäischen Union gewidmet. Die zehn am 1. Mai 2004 der EU beigetretenen Länder kommen in den nächsten fünf Jahren in den Genuss von einer Milliarde Franken, die ihnen der Bund zur Verfügung stellt, um sie beim Aufholen des Rückstands auf die übrigen EU-Länder zu unterstützen. Eine Milliarde, das ist wenig und viel zugleich.

Zwar erreichen die osteuropäischen Länder seit Beginn der 1990er Jahre Wachstumsraten wie nie zuvor. Die Marktwirtschaft entwickelt sich schnell, der Arbeitsmarkt boomt, der Lebensstandard der Bevölkerung steigt sichtlich an. Aber nicht alles steht überall und für alle zum Besten. Der neue und erfreuliche Wohlstand ist sehr ungleich verteilt; zahlreiche Regionen und ganze Bevölkerungsgruppen der zehn neuen Mitgliedsländer sind vom Aufschwung ausgeschlossen.

Im Vergleich zu den riesigen Handels- und Geldströmen, die aufgrund der Erweiterung fließen, nimmt sich die Schweizer Milliarde bescheiden aus. Sie wird jedoch von grossem Nutzen sein, um einigen der schlimmsten Schwächen der aktuellen Entwicklung entgegenzuwirken. Und davon gibt es nicht wenige: Bereiche wie Gesundheit, Infrastruktur, Wohnungsbau, Umwelt und Energie stehen vor kolossalen Herausforderungen – besonders auf dem Land. Stellen Sie sich vor: Allein in Polen müssen bis 2012 90 Prozent der Spitäler renoviert werden, um den Anforderungen der EU zu genügen. Und überall fehlt es an

Geld. Die Ärztin Urszula Godula-Stuglik vom Universitätsklinikum Zabrze kann es bestätigen – sie investiert ihre Freizeit in die Suche nach Sponsoren, um den Unterhalt ihrer Institution zu finanzieren.

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligt sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit (DEZA und SECO) an dieser gigantischen Aufholjagd. Sie konzentriert sich dabei auf Gebiete, in denen sie ihre Kompetenz bereits unter Beweis stellen konnte, beispielsweise im Gesundheits- und Erziehungswesen, in der Berufsbildung, in der Entwicklung des ländlichen Raums oder im Transportwesen. Ihre Unterstützung wird zielgerichtet vor allem den am meisten benachteiligten Regionen zugute kommen, den vergessenen Nischen auf der Riesenbaustelle EU-Erweiterung. Auch die Schweizer Privatwirtschaft sowie Wissenschaft und Forschung werden direkt davon profitieren; sie erhalten einen einfacheren Zugang zu diesen neuen Märkten, so dass Arbeitsplätze auch in der Schweiz entstehen.

Die Milliarde ist in diesem Sinn ein doppelter Gewinn – für die zehn neuen EU-Mitglieder, aber auch für die Schweiz. Der Beitrag zur Stärkung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in ganz Europa ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Jean-Philippe Jutzi

Stellvertretender Leiter Medien und Kommunikation DEZA

(Aus dem Französischen)



Bedrohte Ziege

(bf) Für Bangladeschs Landwirtschaft und Lederindustrie ist der Schwarze Bengale, eine Zwergziegenart, von immenser Bedeutung. Über 300 Millionen dieser Tiere leben im Land und jährlich gelangen rund sechs Millionen Quadratmeter Ziegenfelle in den Verkauf, wo sie hauptsächlich zu Leder verarbeitet werden. Doch ihr Lebensraum ist bedroht. Durch den Fortschritt in der Landwirtschaft wird immer mehr Brachland zu Ackerland umgewandelt, womit auch das Weidegebiet für die Zwergziegen, deren Fell von ausserordentlicher Qualität ist und teuer verkauft werden kann, ständig schrumpft. Nun werden die Tiere in einem Entwicklungsprojekt der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) sowie der International Atomic Energy Agency (IAEA) genetisch besser erforscht, um die Zuchttechniken und die Gesundheit der Tiere zu verbessern. Auch sollen die Einkünfte der Bauern besser abgesichert und «die Kapazitäten der nationalen Landwirtschaftsforschungs-Systeme aufgebaut werden».

Zugvogelreservat

(jls) Der See von Oursi, im Norden von Burkina Faso, ist ein Etappenort für die Zugvögel nach der langen Saharaüberquerung. Die in einem äusserst

trockenen Landstrich gelegene Feuchtzone zieht auch Bauern, Gemüseplanzer, Fischer und Nomaden mit ihren Herden an. Das übernutzte Sumpfland ist völlig heruntergewirtschaftet und von Austrocknung und Versandung bedroht. Früher fielen zahlreiche Vögel den Gruppenjagden von Wilderern oder Ortsansässigen zum Opfer. Vor acht Jahren lancierte die Burkiner Stiftung Naturama eine Kampagne zur Rettung des überlebenswichtigen Ökosystems. Sie sensibilisierte die Bevölkerung für die Notwendigkeit, Vögel und Umwelt zu schützen. In Zusammenarbeit mit den Uferdörfern begann Naturama mit der Aufforstung rund um den See, um die Uferpartien zu stabilisieren und vor Sand zu schützen. Der «grüne Zaun» hat bereits eine Länge von eineinhalb Kilometern.

Entwicklung von unten

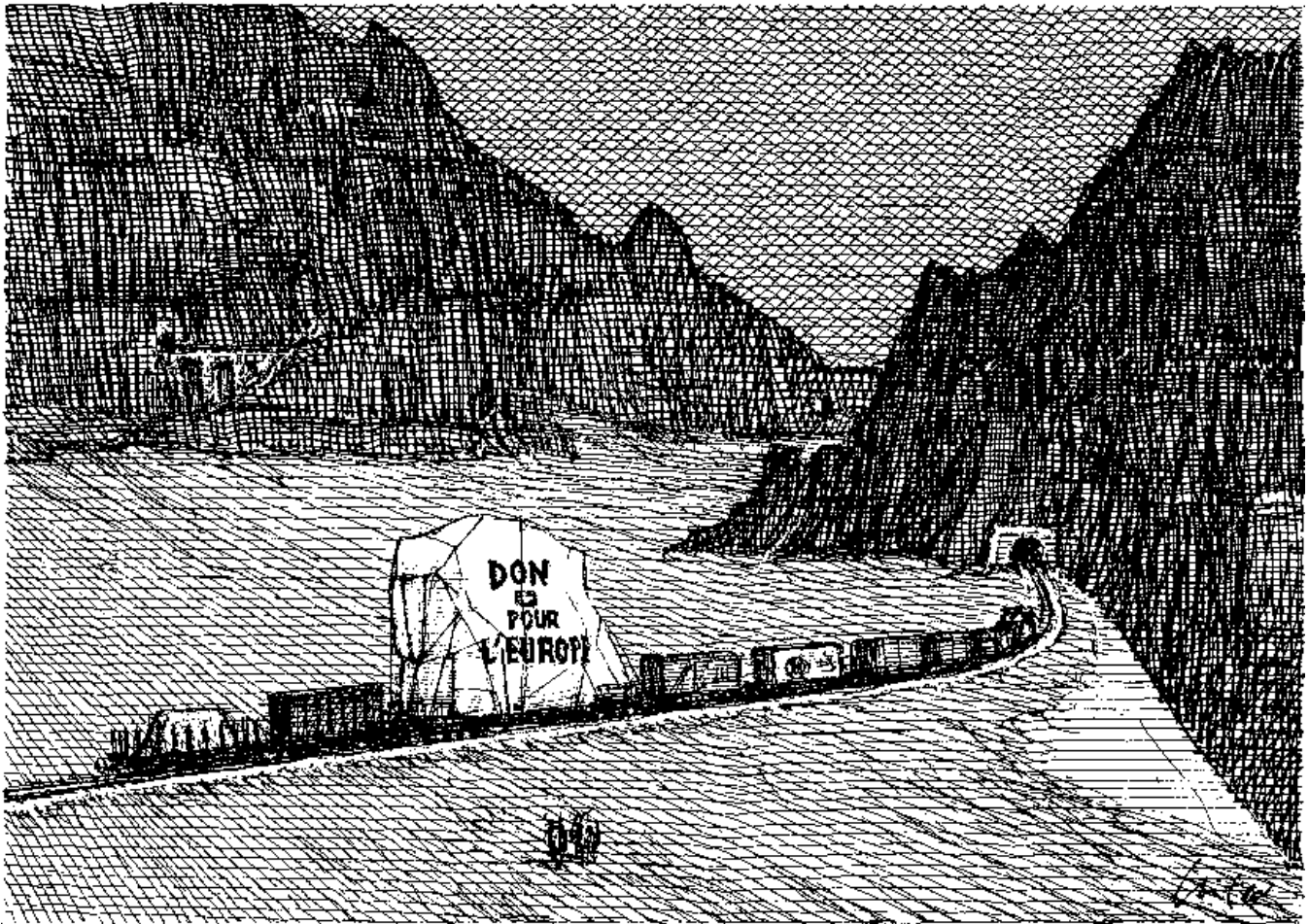
(jls) In manchen Agglomerationen

Kameruns organisieren sich die Bewohner und nehmen ihre Entwicklung selbst an die Hand. Zum Beispiel im Quartier Towo Süd in der Stadt Douala. Die 300 Bewohner haben ein lokales Entwicklungskomitee gegründet, das sie mit monatlich 2000 Francs CFA (5 Franken) unterstützen. Sie finanzierten so den Bau einer zwei Kilometer langen Naturstrasse. Am Sonntagmorgen sind alle mit Hacke und Buschmesser unterwegs und unterhalten Strasse und Quartierwege. Das Komitee erweiterte auch das elektrische Netz, um alle Gebäude anschliessen zu können. In Towo Nord haben die Bewohner ein Sicherheitskomitee gegründet, um das Banditentum einzudämmen. Freiwilligenarbeit wird auch in anderen afrikanischen Städten geleistet. In Goma, in der Demokratischen Republik Kongo, versammeln sich jeden Sonntag rund 60 Jugendliche, um das Quartier Mabanga Süd wieder zugänglich zu machen. Sie wollen die Strassen wieder eröffnen, die seit dem Ausbruch des Vulkans Nyiragongo 2002 mit Felsbrocken und Lava verschüttet sind.

Giftige Dämpfe

(jls) Die Palmzuckerproduktion, Einnahmequelle von tausenden kambodschanischer Bauern, verbraucht viel Energie, denn der aus den Palmen gewonnene Saft muss lange eingekocht werden.





Zeichnung von Martial Leifer

Die Erweiterung

Doch Holz ist je länger je weniger vorhanden und wird immer teurer. Immer mehr Dorfbewohner weichen deshalb auf Textilabfälle aus. Die Kleiderfabriken, die Stoff aus China importieren und ihre Ware in Europa und Amerika absetzen, produzieren Tag für Tag riesige Abfallberge. Ein paar findige Köpfe kamen nun auf die Idee

eines lukrativen Handels und bieten den Bauern billigen Brennstoff an. Problematisch dabei ist, dass die meist synthetischen Stoffe beim Verbrennen Dioxin und andere giftige Substanzen freisetzen. So klagen viele Einwohner über Kopfschmerzen, mögen aber nicht auf den willkommenen Deal verzichten: Mit anderthalb Tonnen

Textilabfällen zum Preis von 120 000 Riel (36 Franken) kann eine Familie während eines Monats Zucker produzieren; würde sie stattdessen Holz verbrennen, müsste sie 200 000 Riel (61 Franken) ausgeben.

Glück wichtiger als Geld

(bf) Wenn wir messen können, was Arme glücklich macht, können wir auch unsere Entwicklungs- und Hilfsstrategien und -Politiken zugunsten der Armen verbessern. Dies ist die Meinung der Direktorin des neuen wirtschaftlichen Forschungsinstituts der Oxford Universität, dem Oxford Poverty and Human Development Institute (OPHI). Sabina Alkira ist überzeugt, dass Einkommen bei weitem nicht der wichtigste Faktor dafür ist, damit sich Menschen wohl fühlen. Deshalb

propagiert sie, die Aufmerksamkeit bei der Entwicklung auf andere als diejenigen von den Ökonomen traditionellerweise bevorzugten geldorientierten Faktoren wie Produktion und Konsum von Gütern und Dienstleistungen zu legen.

«Wir befragten Arme, was ihnen wichtig ist und Einkommen wurde nie an erster Stelle genannt», sagt Sabina Alkira. «Als viel wichtiger – und ganz anders als es die gängige Entwicklungsfachliteratur wahrhaben will – wurden Religion, Beziehungen und innerer Friede genannt.» Aus diesem Grund arbeitet das Institut von Sabina Alkira nun an einem «neuen Set von Indikatoren der menschlichen Entwicklung», welches Faktoren wie Empowerment, Miteinbezug, Respekt und Sicherheit misst.



Jörg Böhling / Still Pictures



Der Kontrast könnte grösser kaum sein: Wo einst Steinkohle abgebaut wurde entstand in Katowice ein Einkaufstempel, doch noch immer leben viele Menschen in ärmlichen Verhältnissen in Arbeiterhäusern aus dem 19. Jahrhundert



Shoppingmeile im alten Kohlebergwerk

Boomzeiten im einstigen Osteuropa: Seit der Aufnahme in die EU im Mai 2004 wächst die Wirtschaft in den zehn neuen Mitgliedstaaten schneller denn je. Aufbruchsstimmung und Wachstumseuphorie sind aber nur eine Seite der Medaille. Es gibt auch Verlierer – und noch haben nicht alle den Strukturwandel geschafft. Eine Momentaufnahme aus Polen von Gabriela Neuhaus.

«Ein Schandfleck!» Katarzyna Chojna zeigt entschuldigend auf den Warschauer Zentralbahnhof. In der Tat vermag dieser, zwischen dem imposanten Kulturpalast, der den Polen einst von Stalin geschenkt worden war und dem futuristisch anmutenden neuen Shoppingzentrum, kaum zu beeindrucken. Doch seine Tage sind gezählt: «Für die Euro 2012 erhalten wir einen neuen», sagt die 30jährige schweizerisch-polnische Doppelbürgerin stolz. Seit neun Jahren lebt sie in Warschau und möchte vorläufig nicht zurück: «Am Anfang war es Abenteuerlust – das Leben hier ist chaotischer als in der Schweiz. Wirtschaftlich geht's schnell aufwärts, doch politisch sind die Polen konservativ. Aufbruchsstimmung ist hier noch ein neues Gefühl.»

Warschau boomt, vor allem seit dem EU-Beitritt vom 1. Mai 2004: Hochhäuser schiessen in die Höhe, die Nachfrage nach Büro- und Wohnraum für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Niederlassungen internationaler Konzerne ist gross. Auf dem Schlossplatz herrscht ein international anmutendes Treiben wie vor dem Centre Pompidou in Paris, in den modernen Einkaufszentren findet die wachsende Mittel- und Oberschicht jene globalen Verkaufsketten und Markenartikel, die heute überall, wo Wohlstand wächst, sofort zur Stelle sind.

Zwischen Aufbruch und Armut

Dieses neue Polen findet man nicht nur in der Hauptstadt. Von weit ist der symbolträchtige Turm des Silesia City Center von Katowice zu sehen. Hier wurde bis vor wenigen Jahren Steinkohle abgebaut. Aus dieser Zeit übrig geblieben sind nebst dem 50 Meter hohen Minenschacht nur die restaurierten Gebäude der einstigen Reparaturwerkstätte sowie die Kapelle der Heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Bergleute.

Fast etwas verloren steht sie inmitten eines zum Konsum lockenden Angebots von Unterhaltung, Läden und Restaurants. Ein eindrückliches Beispiel dafür, dass sich das Leben hier in den letzten zehn Jahren rasant verändert hat. Die Betreiber des City Centers sprechen von 2000 neuen Arbeitsstellen, die durch die Eröffnung des Zentrums geschaffen worden seien und von rund 12 Millionen Besuchern im Jahr.

Wadislaw Sekulas gehört kaum zu den Kunden des umfunktionierten Bergwerks. In wenigen Minuten beginnt seine Schicht im Werk Polska Wirek, die von 18.30 Uhr bis morgens um zwei Uhr dauert. Auch dieser Kohlegrube drohte die Schliessung, doch vorläufig ist sie – wohl dank der seit einiger Zeit stark anziehenden Kohlepreise – noch in Betrieb.

Wadislaw Sekulas zerbricht sich denn auch nicht den Kopf über die Zukunft: Er arbeitet seit über 22 Jahren hier und muss bis zur Pension noch drei Jahre durchhalten. «In den letzten Jahren ist der Arbeitsschutz besser geworden», antwortet er auf die Frage nach Veränderungen. «Aber die Löhne sind fast gleich geblieben, man muss schon gut rechnen, damit das Geld von einem Zahltag bis zum nächsten reicht.»

Immerhin bringen er und seine Kollegen noch einen Zahltag nach Hause. Dies ist in Oberschlesien, dem einstigen Zentrum von Bergbau und Schwerindustrie, längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Anfangs der 1990er Jahre wurden zahlreiche Betriebe geschlossen, über 300 000 Kumpel verloren ihre Arbeit.

In Städten wie Bytom oder Zabrze sind Armut und Verfall allgegenwärtig. Die Familokis, jene aus roten Ziegelsteinen errichteten Arbeiterhäuser aus dem 19. Jahrhundert, vermögen trotz architektonischem Charme die Armut hinter ihren Mauern nicht zu verbergen. Vor einem Hauseingang hat

EU-Gelder für Polen

Im Rahmen eines gesamt-europäischen Ausgleichsprogramms stellt die EU ihren ärmeren Mitgliedern Mittel zur Verfügung, um das Gefälle zwischen den reichen und den armen Ländern in Europa zu verringern. Polen, mit 38 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Neumitglied (siehe Kasten S.9) mit einem grossen Nachholbedarf in Bereichen wie Infrastruktur, Umwelt oder Wirtschaft, wurde in einer ersten Phase von 2004 bis 2006 mit 12,8 Milliarden Euro unterstützt; von 2007 bis 2013 stehen 85 Milliarden Euro EU-Gelder für die Entwicklung der polnischen Volkswirtschaft zur Verfügung. Dazu kommen weitere 558 Millionen Euro von den Efta-Staaten Norwegen, Liechtenstein und Island sowie 438 Millionen Franken aus der Schweiz.



Polen und die Schweiz

Im Rahmen der Transitionshilfe unterstützte die Schweiz während der 1990er Jahre Polen in verschiedenen Bereichen: In der Provinz Malopolskie zum Beispiel wurden Kleinunternehmer mit günstigen Krediten gefördert, in Posen entwickelte sich ein Pilotprojekt für einen Gemüse-Engrosmarkt zu einem Vorzeigeprojekt, Initiativen wie das ‚Mutter und Kind‘-Projekt in Schlesien dienten der Förderung des Gesundheitswesens, und im Umweltbereich wurden Investitionen wie zum Beispiel der Bau einer umweltgerechteren Anlage zur Strom- und Wärmegegewinnung in Katowice unterstützt.

sich eine Gruppe ehemaliger Minenarbeiter getroffen. «Es wird immer schlimmer», sagt einer der Männer. Seit er nicht mehr in die Grube fährt, hält er sich mit dem Verkauf von Schrott über Wasser. Überall verschwinden Telefondrähte, Dachrinnen, Ziegel. Was nicht niet- und nagelfest ist kommt weg, wird verramscht. «Das ist kein Leben mehr», sagt eine Frau, «das ist nur noch Vegetieren.»

Geburtswehen im Gesundheitssystem

Für die Zwillinge Karolina und Julia geht es vorerst einmal ums Überleben. Ihre Chancen stehen gut, obschon sie drei Monate zu früh zur Welt gekommen sind und je gerade mal 800 Gramm wiegen. Dank bestens geschultem Personal und einer entsprechend ausgerüsteten Neonatologie-Abteilung am Universitätsspital Zabrze ging die Sterblichkeitsrate von Frühgeborenen seit 1990 stark zurück.

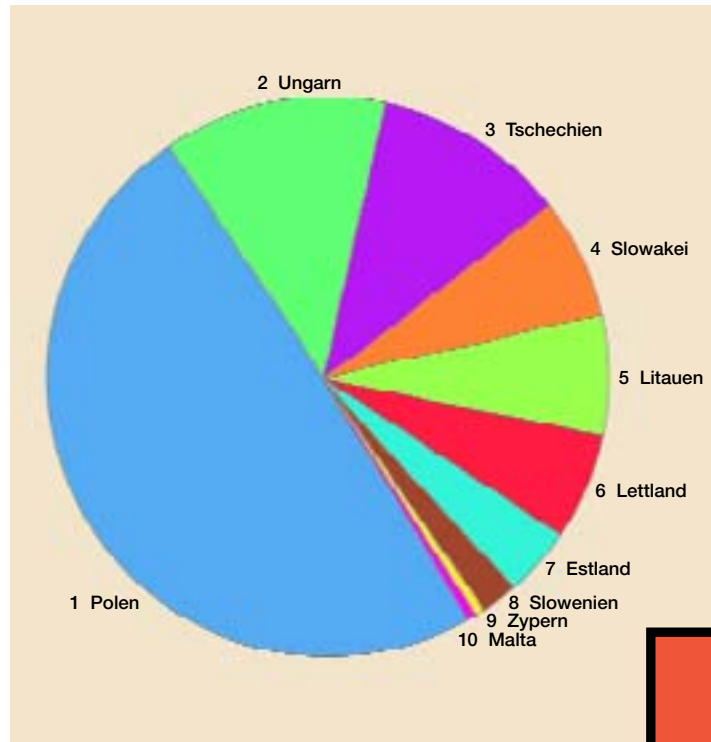
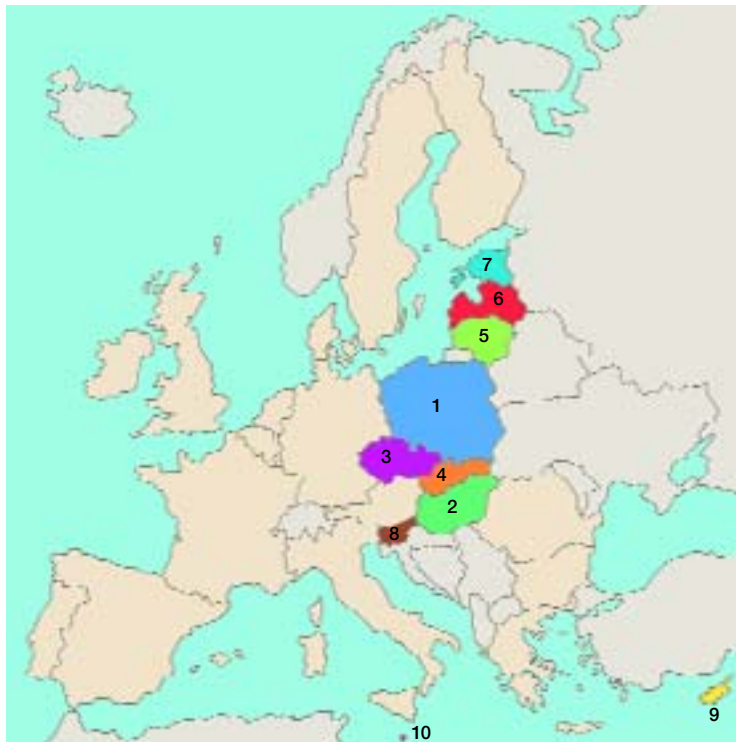
Dieser Erfolg wurde dank dem von der Schweiz mitfinanzierten Projekt, Mutter und Kind' möglich, das Ausrüstung und Schulung des Personals im

Bereich der Neonatologie in ganz Schlesien unterstützt.

Ausgangspunkt für das Projekt war die miserable Luftqualität in der Region, welche dazu führte, dass der Anteil an Frühgeburten in Schlesien weit über dem polnischen Durchschnitt lag. Obschon die Umweltverschmutzung in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist, sind meist alle 30 Brutkästen belegt. «Die Luft ist besser geworden», sagt Urszula Godula-Stuglik, Abteilungsleiterin und Professorin für Neonatologie am Unispital von Zabrze. «Dafür haben wir jetzt grosse soziale Probleme: Arbeitslosigkeit und kleine Einkommen bei Schwerstarbeit in den Supermärkten führen dazu, dass die oft sehr jungen und allein stehenden Mütter unter- oder fehlernährt sind. Eine Folge davon sind die vielen Frühgeburten mit schweren Infektionen.»

Der Systemwandel bereitet der Ärztin noch andere Sorgen: Die Pflegekosten für Patienten werden in Polen zwar nach wie vor über den nationalen Gesundheitsfonds gedeckt, doch für den Unterhalt

Die Aufteilung der «Ostmilliarde»



Am 1. Mai 2004 wurden Polen, die Slowakei, Tschechien, Ungarn, Lettland, Litauen, Estland sowie Slowenien, Malta und Zypern neu in die EU aufgenommen. Um die Beitrittskriterien zu erfüllen, mussten die Neumitglieder bereits im Vorfeld grosse Anstrengungen unternehmen, trotzdem liegen die Einkommen all dieser Länder heute noch unter dem Durchschnitt der 15 «alten» EU-Staaten.

Mit der Annahme des Osthilfegesetzes vom 26. November 2006 sprach sich eine Mehrheit der Abstimmenden in der Schweiz für die Bezahlung von Unterstützungsgeldern an die neuen EU-Länder aus. Die sogenannte «Ostmilliarde» war umstritten. Sie steht in engem Zusammenhang mit den bilateralen Verträgen, die der Schweiz die Türen zu den EU-Märkten öffnen.

In den kommenden fünf Jahren steht nun eine Milliarde Schweizer Franken für Projekte und Programme zur Verfügung, die von den Partnerländern selber vorgeschlagen, aber in Zusammenarbeit mit der Schweiz durchgeführt und kontrolliert werden. Die Schweiz möchte damit einen Beitrag zur Sicherung von Frieden, Stabilität und Prosperität in ganz Europa leisten. Bei der Projektwahl wird darauf geachtet, dass die Mittel aus der Schweiz in Bereichen eingesetzt werden, wo sie einen eigenständigen und sichtbaren Beitrag an die Entwicklung leisten. Man will zudem auch den Zugang zu Projektmitteln für die Antragssteller möglichst einfach und transparent halten. Die Verteilung der Gelder und die Aufteilung zwischen den einzelnen Ländern erfolgen aufgrund eines mit Brüssel vereinbarten «Memorandums of Understanding».



Martin Roemers / laif

The NewYorkTimes / Redux / laif



Noch immer liegt der polnische Durchschnittslohn unter 1000 Franken im Monat und der Lebensstandard ist dementsprechend tief, weshalb viele Polinnen und Polen im Ausland arbeiten

und die dringend notwendige Erneuerung der Infrastruktur muss jedes Spital selber aufkommen. «In meiner Freizeit suche ich nach Sponsoren und besuche Bankdirektoren», erzählt Urszula Godula-Stuglik. «Mir ist das peinlich, aber ich tue es für meine Patienten.» Und für die Zukunft des Spitals, denn bis 2012 muss die Universitätsklinik von Zabrze die in der ganzen EU geltenden Spitalnormen erfüllen, sonst droht die Schliessung.

5 Betten auf 20 Quadratmeter

Mit dem Problem kämpfen über 90 Prozent der polnischen Spitäler. Ein Mangel, der fast überall anzutreffen ist, sind die engen Platzverhältnisse: Bis zu fünf Betten stehen in einem Zimmer von rund zwanzig Quadratmetern und die sanitären Anlagen befinden sich vielerorts auf dem Gang. Erklärtes Ziel der EU ist es, dass die neuen Mitgliedstaaten möglichst bald das europäische Niveau betreffend Lebensstandard erreichen. Dafür stehen in Polen, trotz längst in Gang gekommener Entwicklung, immer noch enorme Investitionen an, vor allem im Infrastrukturbereich. Nebst dem Gesundheitswesen wird insbesondere der Ausbau im Transportwesen Milliarden verschlingen.

Bereits bis zu den Fussball-Europameisterschaften von 2012, die in Polen und der Ukraine stattfinden, sollen über 1000 Kilometer Autobahn und Schnellstrassen, elf Flughäfen und eine Anzahl

Bahnhöfe neu gebaut werden. Im ganzen Land wird gebaut, so frisst sich zum Beispiel ein breites Asphaltband Kilometer um Kilometer von Krakau nach Katowice, und auch der Tatra-Ferienort Zakopane, das «St. Moritz Polens», wird bald per Autobahn zu erreichen sein.

Hoffen auf neue Gäste

Vom Balkon eines Gästezimmers aus zeigt Cristina Toporkiewicz voller Begeisterung auf die Stelle unweit ihres Motels, wo ein Stück Wald dem Autobahnanschluss mit Tankstelle weichen muss. «Seit sieben Jahren erleben wir einen Aufschwung», sagt sie. «Bereits heute übernachten auch viele Ausländer auf der Durchreise in unserem Motel – die neue Strasse wird noch mehr Gäste bringen.»

Auf die Karte Tourismus setzen viele im 50 Kilometer südlich von Krakau gelegenen Städtchen Rabka. Die Region zeichnet sich durch ein einzigartiges Mikroklima aus. Gute Luft, intakte Landschaft und die zahlreichen Solequellen böten eine gute Grundlage für die Entwicklung eines florierenden Gesundheitstourismus, sagt Pawel Rapacz, ehemaliger Bürgermeister von Rabka. Allerdings gehörten dazu auch ein funktionierendes Abfallentsorgungssystem sowie der Ausbau von Kanalisation und Kläranlagen – dafür aber fehlten der Gemeinde die notwendigen Mittel.

Einst war Rabka als blühendes Gesundheits- und

«Wie lange es dauern wird, bis wir das EU-Mittel erreichen, ist schwer abzuschätzen. Das hängt nicht nur von Polen ab und auch nicht nur von der EU – wir leben in einer globalisierten Welt. Vor ein paar Jahren dachten wir, dass es noch 30 bis 40 Jahre dauert, jetzt sind wir schon in der Nähe von Griechenland. Die Euro 2012 bringt grosse Impulse, das momentane Wirtschaftswachstum von 6 bis 7 Prozent ist nicht schlecht – aber der Rückstand, den wir aufzuholen haben, ist gross. Trotzdem – es geht schneller, als ich dachte.»
Cezary Gmyz, Inlandchef der Zeitung *Rzeczpospolita*



Martin Roemers / laif

Erholungszentrum für Kinder aus den verdreckten Industrieregionen in ganz Polen bekannt. Heute ist diese Gästeschar arg zusammen geschrumpft, nur noch in den Sommermonaten sind manche Plätze ausgebucht. Dies reicht nicht, um die Betriebe marktwirtschaftlich zu führen. Verschiedene Sanatorien mussten ihre Tore schliessen, viele Leute sind aus der Region abgewandert und suchen sich ihr Auskommen in einer der grösseren Städte Polens oder im Ausland.

Steigende Löhne

Insbesondere England, Irland und neuerdings auch Norwegen und Holland sind heute beliebte Arbeitsdestinationen für Polinnen und Polen. Einst wurden sie als billige Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft oder auf dem Bau eingesetzt, oft illegal. Mit dem EU-Beitritt änderte sich die Situation. Heute rechnet man mit über zwei Millionen Polen, die offiziell im Ausland arbeiten. Darunter viele junge, gut ausgebildete Fachleute wie Ärzte, Ingenieure oder Informatiker.

«Ich habe grosse Mühe, qualifizierte Leute zu finden», klagt zum Beispiel Andrzej Dubiel. Sein Glas- und Spiegelfertigungsbetrieb floriert, innert zehn Jahren wurde aus dem Einmannunternehmen ein Betrieb mit 150 Angestellten, der sowohl Spezialanfertigungen herstellt wie auch Supermärkte bedient. Das nach wie vor sehr tiefe Lohnniveau

in Polen kam ihm dabei einerseits zugute – gleichzeitig stellt es ihn vor Probleme: «Im Ausland verdient eine Fachkraft das Mehrfache von dem, was ich bezahlen kann.» Aktuell liegt der polnische Durchschnittslohn noch unter 1000 Franken im Monat – doch das dürfte sich bald ändern.

Andrzej Napora betreibt in der Nähe von Rabka eine kleine Tischlerei. Vor zwei Jahren zahlte er seinen Arbeitern einen Stundenlohn von 4.50 Franken, heute verdienen sie fast das Doppelte. Aus Posen und Breslau, wo die Wirtschaft zurzeit am schnellsten wächst, reisen nun Agenten nach Irland und Grossbritannien, um ihre Landsleute wieder zurück zu holen. Damit dies gelingt, müssen den Auslandspolen auch entsprechende Lohnangebote gemacht werden, doch dies ist heute meist noch Zukunftsmusik.

Es gibt aber auch andere Wege, den Personalmangel zu bekämpfen. Bauunternehmer und Immobilieninvestor Stanislaw Wojdyla, der den Grundstein für sein Imperium mit der Vermittlung von Polen auf deutsche Baustellen gelegt hatte, beschäftigt heute bei seinen Neubauprojekten in ganz Polen ukrainische Bauarbeiter. «Junge Polen wollen nicht mehr auf dem Bau arbeiten – das beste wäre deshalb, wenn unsere Gesetze so angepasst würden, dass wir direkt mit ukrainischen Subunternehmern arbeiten könnten, die uns die Arbeiter nach Polen bringen.» ■

«In Polen haben wir viel versteckte Armut: Nach wie vor ist die Zahl der Arbeitslosen gross. In manchen Regionen leben die Menschen praktisch nur vom Geld, das ihnen Verwandte aus dem Ausland schicken – und von der Arbeitslosenversicherung. Die öffentlichen Schulen in Warschau sind gut, während Kinder auf dem Land wesentlich schlechtere Bedingungen antreffen. Oft müssen sie 30 bis 40 Kilometer mit dem Bus bis zur Schule und wieder zurück fahren. In ihrer Freizeit helfen sie auf dem Feld, ihre Chancen, weiterzukommen, sind nicht besonders gut. Sie erben nur die Armut ihrer Eltern.»

Cezary Gmyz, Inlandchef der Zeitung *Rzeczpospolita*

Neue Märkte und Perspektiven

Vom Aufschwung und den Investitionen in die neuen EU-Staaten profitieren viele. Schweizer Unternehmer haben das einstige Osteuropa entdeckt – nicht nur als Produktionsstandort, sondern vor allem als zukunftssträchtigen Markt. Und für die Forschung erhofft man sich neue Impulse.

«In Polen fehlt es an guten jungen Facharbeitern – der Sprung von der Wissenschaft in die Wirtschaft ist für viele zu gross. Deshalb wollen wir in der nächsten Phase unsere Doktorandenschule mit Unterstützung durch Berater aus der Wirtschaft in Richtung Management erweitern.»
Jolanta Janczak-Rusch, Leiterin International PhD School Switzerland-Poland

«Wir hoffen, dass ein schöner Teil der EU-Kohäsionsgelder in den Auf- und Ausbau des öffentlichen Verkehrs fliessen wird. Die Beschaffung von Schienen und neuem Rollmaterial ist für diese Länder immer noch relativ teuer, obschon die Kosten gegenüber früher stark gesunken sind.»
Vincenza Trivigno, Stadler Rail Group

«Eine aktive Partnerschaft mit Osteuropa eröffnet echte Chancen für eine starke Schweizer Wirtschaft.»
Urs Kaufmann, Huber+Suhner-Gruppe, Herisau und Pfäffikon ZH



Polen hat unter anderem im öffentlichen Verkehr und der Energieeffizienz Umwelt ein riesiges Nachholbedürfnis – zwei Bereiche, in denen Schweizer Unternehmer sehr kompetitiv sind

(gn) FLIRT in Polen – damit ist keine kurze Sommerliebe gemeint, sondern der Markteinstieg der Stadler Rail Group ins «neue Europa». Das Thurgauer Familienunternehmen gewann 2006 eine internationale Ausschreibung zur Lieferung von Regionalzügen in die polnischen Provinzen Masowien und Schlesien. Der Auftragswert, inklusive Serviceleistungen über drei Jahre sowie Schulung des Personals, beträgt rund 100 Millionen Schweizer Franken.

Vielfältige Chancen

Die 14 Triebzüge der Eigenentwicklung FLIRT (Flinker Leichter Innovativer Regional Triebzug) werden in der Schweiz gebaut, die Endmontage erfolgt im polnischen Siedlce. Das Werk, eine Tochtergesellschaft von Stadler Rail, beschäftigt rund 50

Mitarbeiter; in einer ersten Phase wurden vier Millionen Euro investiert. Der Betrieb wird monatlich ein Fahrzeug ausliefern, dessen Teile aus der Schweiz angeliefert werden.

Später, für das Abwickeln von Nachfolgaufträgen, sollen weitere Produktionsschritte nach Polen oder Ungarn verlagert werden. «Die neuen EU-Mitglieder haben einen grossen Nachholbedarf – wir sehen in Ländern wie Polen, Ungarn, Tschechien oder der Slowakei viel Zukunftspotenzial», sagt Stadler-Generalsekretärin Vincenza Trivigno. Ziel ist es, mit dem Engagement im ehemaligen Osten «eine dritte Heimat» aufzubauen. «Die Standorte in der Schweiz und in Deutschland sind unbestritten, wir wollen unsere Produktion nicht auslagern», betont Vincenza Trivigno. «Durch unsere Präsenz in Polen erhoffen wir uns weitere Aufträ-

ge in der Region. Dazu gehört aber auch, dass ein Teil der Wertschöpfung unseren Kunden zugute kommt.»

Stadler Rail ist kein Einzelfall – zahlreiche Schweizer Unternehmen setzen neu auf Geschäftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa, viele bauen vor Ort zusätzliche Produktionsstandorte und Tochtergesellschaften auf. Nebst den im Vergleich zu Westeuropa immer noch tiefen Lohnkosten, spielen dabei vor allem die in den neuen EU-Staaten reichlich fliessenden Gelder für Investitionen sowie der damit verbundene wirtschaftliche Aufschwung eine entscheidende Rolle.

In diesem Zusammenhang sind auch die Vorteile, welche die Ostmilliarde der Schweizer Wirtschaft bringen wird, zu sehen. Allerdings können Schweizer Firmen nicht von vornherein auf Aufträge im Rahmen der von der Schweiz unterstützten Projekte zählen, da diese von den Partnerländern vorgeschlagen und nach Gutheissung durch die Schweiz nach EU-Vorgaben international ausgeschrieben werden.

Trotzdem haben Schweizer Firmen und Organisationen einen leichten Vorteil. «In den für die Projekte vorgesehenen Themenbereichen wie zum Beispiel Gesundheit, Abfallentsorgung und Energieeffizienz Umwelt sind Schweizer Unternehmen sehr kompetitiv», sagt Hugo Bruggmann, der SECO-Leiter für den Erweiterungsbeitrag. «Und dann darf man nicht vergessen, dass unser Beitrag nur 0,5 Prozent der Unterstützungsleistungen der EU in den neuen Mitgliedstaaten ausmacht. Wir können nicht genügend betonen, dass sich Schweizer Unternehmen heute gleichberechtigt an allen Ausschreibungen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik beteiligen können.»

Gegenseitige Ergänzung

Auch im Bereich Wissenschaft und Forschung will man künftig vermehrt Kooperationen zwischen mittel- und osteuropäischen Universitäten und der Schweiz fördern. Erste Schritte in diese Richtung unternimmt momentan die Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt Empa zusammen mit der Technischen Universität von Warschau sowie der Akademie für Wissenschaft und Technologie in Krakau.

Die polnische Materialwissenschaftlerin Jolanta Janczak-Rusch lehrt und forscht seit Jahren an der Empa und wurde 2005 mit dem Aufbau einer polnisch-schweizerischen Doktorandenschule beauftragt. «An der Empa arbeiten wir eher praxisorientiert, die polnischen Hochschulen hingegen haben ein sehr hohes Niveau was Modellierung und allgemeine Theoriebildung betrifft», beschreibt Jolanta Janczak-Rusch den Vorteil dieser interna-

tional und interdisziplinär angelegten Zusammenarbeit.

Im Rahmen eines Pilotprojekts, das je zur Hälfte vom polnischen Staat und aus Empa-Mitteln finanziert wird, arbeiten neun polnische Doktorandinnen und Doktoranden sowie ein Schweizer an ihren Dissertationen im Bereich Materialwissenschaften.

«Bei der Auswahl der Projekte haben wir darauf geachtet», betont Jolanta Janczak-Rusch, «dass



jede Hochschule ihre Vorteile einbringen kann.» So nutzt die Doktorandin Ewa Ura zum Beispiel die Apparaturen der Empa für die Korrosionsbestimmung bei Werkstoffen, die in Polen entwickelt und hergestellt werden.

Die Studentinnen und Studenten absolvieren je rund die Hälfte der dreijährigen Projektphase in Polen und in der Schweiz. Während die ersten Doktoranden ihre Dissertationen demnächst abschliessen, stehen Jolanta Janczak-Rusch und ihr Team ebenfalls vor einer entscheidenden Bewährungsprobe: Für die Weiterführung, respektive den geplanten Ausbau der polnisch-schweizerischen Doktorandenschule, will man in Polen sobald als möglich Gelder aus dem schweizerischen Erweiterungsbeitrag beantragen. Geplant sind der Einbezug weiterer Hochschulen wie zum Beispiel der ETH Zürich und der Krakauer Jagiellonen-Universität sowie vermehrte Praxisorientierung in der Ausbildung. ■

Nischen und Know-how

Gemessen am Gesamtvolumen von Finanzmitteln, die in den kommenden Jahren ins «neue Europa» investiert werden, ist der Schweizer Beitrag bescheiden. Umso wichtiger, dass sich die Schweiz dort engagiert, wo sie Spezielles beitragen kann.



(gn) Um für die EU fit zu werden, mussten die neuen Mitgliedstaaten bis 2004 vor allem ihre Wirtschaft auf Vordermann bringen. Bei dieser Entwicklung kamen andere Sektoren wie das Gesundheitswesen zu kurz. Entsprechend gross ist hier der Nachholbedarf.

Ein Blick in die Statistik zeigt, dass in den meisten dieser Länder die Kindersterblichkeit höher und die Lebenserwartung tiefer ist als im Durchschnitt der 15 «alten» EU-Länder. In den baltischen Staaten zum Beispiel erkranken immer noch viele Menschen an Tuberkulose, doch auch Gefäss- und Herz-Kreislaufkrankheiten sowie Lungen- und Brustkrebs sind in den neuen Mitgliedstaaten weiter verbreitet als im übrigen Europa.

Das Angebot aus der Schweiz, im medizinischen Bereich gezielte Unterstützung zu leisten, stiess denn auch in den meisten Ländern auf grosses In-

teresse. «Der Druck auf die Staatsbudgets führte vor allem in Zentral- und Osteuropa zu drastischen Veränderungen. In Estland zum Beispiel gab es einst 120 Spitäler, heute sind es noch 50», sagt Thomas Krajnik, Mitglied der DEZA-Delegation, die gemeinsam mit den Partnerländern die Rahmenverträge für die Erweiterungsbeiträge ausarbeitet. «Um trotzdem eine landesweite Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, müssen Spitex-Organisationen aufgebaut und Ambulanzen angeschafft werden.»

Hinzu kommt, dass ein Grossteil der medizinischen Einrichtungen in diesen Ländern veraltet ist und es einiges an Investitionen braucht, bis sie den EU-Normen entsprechen (siehe auch S. 8). «Im Bereich Gesundheit werden wir voraussichtlich eine Reihe von Programmen unterstützen können», stellt Thomas Krajnik in Aussicht. Litauen war eines der

ersten Länder, das der Schweiz einen konkreten Vorschlag vorlegte, der eine medizinische Begleitung von Schwangeren sowie Müttern mit Kleinkindern beinhaltet.

Ganzheitliche Programme

Im Bereich ‚Mutter und Kind‘ leistete die Schweiz bereits in den 1990er Jahren in verschiedenen Län-

Leiter der Ostzusammenarbeit bei der DEZA. «Die Bildung von Gemeindeverbänden, das kennen wir aus der Schweiz, kann enorm viel bringen. In der Regionalentwicklung verfügen wir denn auch über ein Know-how, das unseren Partnern etwas bringen kann.»

Andere Themen wie zum Beispiel Grossinvestitionen im Strassenbau sind durch EU-Programme



Thomas Jenatsch / DEZA



EK Pictures / lat

Die Beiträge aus der Schweiz kommen ausgesuchten Bereichen zugute, etwa dem Gesundheitswesen und der sozialen Versorgung oder bei Umweltschutz, Schadstoffemissionen und Ressourcenverschleiss

dern des einstigen Osteuropas Transitionshilfe, so auch in Litauen. Auf diesem Engagement aufbauend, will man dort mit Hilfe des neuen Projektvorschlags die Mütter- und Kindersterblichkeit nun weiter, auf EU-Niveau senken.

Nebst medizinischen Geräten sowie Ambulanzen werden im Programm beschrieben auch die Schulung von Personal und gemeinsame Forschungsprojekte mit der Schweiz aufgeführt. «Das Programm beinhaltet verschiedene Komponenten, es ist umfassend und hat ein klar definiertes Ziel», sagt Thomas Krajnik. «Diese Art von Vorschlägen interessiert uns, denn sie versprechen eine grössere Wirkung als viele kleine, voneinander unabhängige Einzelprojekte.»

Solchen «Mehrwert» hat man auch in anderen Bereichen im Auge. So möchte die Schweiz in der Forschung längerfristige Partnerschaften zwischen Universitäten in der Schweiz und in den Partnerländern unterstützen sowie einen Stipendienfonds schaffen.

Gefragte Regionalentwicklung

Eine weitere wichtige Komponente, wo Schweizer Geld gezielt eingesetzt werden soll, ist die Regionalentwicklung. «Je nach dem Potenzial oder den Bedürfnissen einer Region können sich Gemeinden zum Beispiel für Projekte im Schulbereich oder für die soziale Versorgung zusammenschliessen», konkretisiert Hubert Eisele, stellvertretender

in der Regel soweit abgedeckt, dass sich ein Engagement der Schweiz nicht aufdrängt. Auch im Umweltbereich stehen umfangreiche EU-Gelder zur Verfügung.

Nischen nutzen

Trotzdem ist die Unterstützung aus der Schweiz, namentlich in Bereichen wie Energieeffizienz, Reduktion von Schadstoffemissionen, Entsorgung sowie Ressourcenschutz, gefragt. «Auch hier haben wir, nicht zuletzt dank langjähriger Erfahrung und einem kompetitiven Angebot an Wissen und Technologie, einiges anzubieten», sagt Christian Kellerhals, stellvertretender Leiter des Ressorts Infrastrukturfinanzierung im SECO.

So unterstützte die Schweiz im Rahmen der Transitionshilfe zum Beispiel den Aufbau eines umweltfreundlichen Entsorgungssystems für Spitalabfälle in Ungarn oder die Sanierung des slowakischen Elektrizitätsnetzes; in Polen und Litauen konnten die Schadstoffemissionen bei verschiedenen Strom- und Wärmekraftwerken sowie bei weiteren Industrieanlagen gesenkt werden.

Mit den Beiträgen aus der Ostmilliarde, dies wird auch den Partnerländern immer wieder kommuniziert, will die Schweiz dort Unterstützung leisten, wo sie Besonderes zu bieten hat und wo mit relativ geringen Mitteln grosse und sichtbare Wirkung erzielt werden kann. ■

Schweizer Schwerpunkte

Beiträge aus der Schweiz sollen in den neuen EU-Ländern dort zum Einsatz kommen, wo der Zugang zu anderen Mitteln schwierig oder kaum möglich ist. Inhaltlich werden Programme und Projekte, aus den Themenbereichen Gesundheit, Bildung, Förderung des Privatsektors sowie Umwelt und Infrastruktur unterstützt. Eine gute Chance auf Gelder aus der «Ostmilliarde» haben zudem Programme mit einem speziellen Fokus auf regionale Entwicklung. Die Projekte werden von den einzelnen Ländern, gestützt auf das Rahmenabkommen mit der Schweiz, ausgewählt. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und dem jeweiligen Partnerland und beginnt Ende 2007. Weitere Informationen zum Schweizer Erweiterungsbeitrag unter: www.erweiterungsbeitrag.admin.ch/



The NewYorkTimes Redux / iaf

Gernot Huber / iaf

«Haïti chérie» und ihr schlechter Ruf

Das seit 1804 unabhängige Haiti gilt als wirtschaftliche und politische Katastrophe. Der in den Grossen Antillen gelegene Staat gehört zu den zehn ärmsten Ländern der Welt. Sein kulturelles Potenzial kennt in der Region jedoch nicht seinesgleichen. Von Arnaud Robert.*

In einem bekannten französischen Reiseführer über Santo Domingo wird von feinsandigen Stränden, Sonne und Bungalows am Meer geschwärmt. Ein oder zwei Absätze, zwischen Rezepten für Cocktails unter dem Sonnenschirm, sind der Existenz eines Nachbarlands gewidmet, das am Ende einer langen Strasse vor sich hindöst. Eine Nation, die sich am westlichen Rand dahinschleppt, hinter einem vor lauter Korruption vermoderten Grenzposten, den ein nichts ahnender Tourist nur nach schonungsloser Vorbereitung überqueren sollte.

Dieses Niemandsland, das im Schatten des touristischen Triumphs der Dominikanischen Republik dahinvegetiert, heisst Haiti. Der Reiseführer beschreibt es als einen Sumpf aus Armut, Gewalt und Aberglaube, genau so wie man es sich

vorstellt. Jedenfalls ein Ort, wo man nicht freiwillig hinfährt.

Zwei Inselhälften, zwei Welten

In der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince erzählt man sich Horrorgeschichten über das Nachbarland, das zwei Drittel der Insel Hispaniola umfasst. Von den Haitianern, die quasi als Sklaven in die Dominikanische Republik Zuckerrohr schneiden gehen. Von der Stadt Santo Domingo, die ausschliesslich ihren kolonialen Hintergrund herausstreicht: mit einer Kolumbus-Statue, Pochontas ihm zu Füssen, auf dem Hauptplatz.

Von dieser zweigeteilten Insel aus, die in einen Teil zu einer einzigen Charter-Landepiste geworden ist und im anderen von einem Desaster ins nächste stolpert, lässt sich das ganze karibische Abenteuer

AU REVOIR TITID A BIENTOT



verstehen. «Haiti gibt es nicht», schrieb 2004 der französische Historiker Christophe Wargny in einem, unter den Eliten Haitis noch heute viel diskutierten Buch. Ein unerhörter, parteiischer Befund, angesiedelt zwischen kollektivem Mord und kollektivem Selbstmord eines Landes, das nicht aus der Armut herausfindet. Die Geschichte einer ökologischen Katastrophe, bei der massive Entwaldung zu Erosion und zum Verschwinden ganzer Hügel und Küstenstriche führte. Und die Weise einer permanenten Revolution, die von einem Staatsstreich zum andern ein völlig entkräftetes, von afrikanischer Mystik und amerikanischen Missionaren heimgesuchtes Volk hinterliess.

Aber Haiti gibt es. Trotz UNO-Berichten und trotz permanenter Hilfe von Nichtregierungsorganisationen, die bloss deren Unvermögen bestätigt. Haiti gibt es seit 1804. Alle Haitianer kennen ihre Geschichte bis ins Detail.

Am 1. Januar 2004 versammelte sich eine Menschenmenge im Garten des Präsidenten, man feierte den 200. Jahrestag der Unabhängigkeit. Jean-Bertrand Aristide, der nur noch einige Wochen an der Macht bleiben sollte, erinnerte an die Entstehung der ersten Schwarzenrepublik aller Zeiten, den einzigen geglückten Sklavenaufstand. Vor versammelten Aktivisten zählte er die Helden der Nation auf: Toussaint Louverture, Baumeister der Unabhängigkeit, gestorben im Exil in einem französischen Fort; Jean-Jacques Dessalines, erster Präsident, kurz nach seiner Wahl ermordet; Boukman le Marron, der in einer zum Mythos gewor-

denen Voudou-Zeremonie den siegreichen Krieg gegen Napoleon in Gang setzte.

Ein Defilee von Nationalhelden in einem Land, das gerade vor der zigsten Absetzung stand. Am 29. Februar 2004 wurde Aristide ausgeflogen. Noch am selben Tag rissen die Massen in den Strassen von Port-au-Prince sein Porträt von den Wänden.

Ungebrochene Hoffnung

Zwei tragische Jahrhunderte, in denen Haiti zum romanhaften Prototypen einer Drittweltrepublik wurde: Diktatoren im Chaos, Militärputsche, Gangs im Dienst der Mächtigen (Tontons Macoutes unter Duvalier, Chimères unter Aristide). Als 1986 Baby Doc in aller Eile die Insel verliess, richtete die Linke auf der ganzen Welt ihren Blick auf den inbrünstigen, populistischen Salesianerpriester Aristide, der zur besseren Verteilung des Reichtums aufrief.

Die reichen Haitianer, Landbesitzerfamilien, die auf die Sklaverei zurückgehen, teilten die Kassen des Landes schon immer unter sich auf. Aristide verhöhnte sie, redete Kreolisch zu den Leuten und wurde zum Präsidenten gewählt.

Zwanzig Jahre später ist die Desillusion umso dramatischer. Aristide ist gescheitert – aus Gründen, die sowohl mit seiner Inkompetenz als auch mit Manipulationen aus Washington und Paris zu tun haben. Die UNO ist zurück. Und die zweijährige demokratische Transitionsphase geht als eines der schlimmsten Kapitel in die Geschichte Haitis ein: Kidnapping in Serie, Gemetzel, Wirtschaftsdesaster.



Polars / laif



Redlux / laif



Dermot Tatlow / laif



Polars / laif

Das Ding im Alltag

Die Kerze

Sie sind milchig weiss, meist schmucklos, oft asiatischer Herkunft: Kerzen – in Haiti können sie reden. Nachts in den Gassen tauchen sie hier und dort auf. In den meisten Quartieren und auf dem Land sind sie das einzige Mittel gegen die völlig unzureichende Elektrizitätsversorgung. Aber die Kerzen haben noch andere Aufgaben. Sie beschwören nicht nur die Dunkelheit. Überall im Land gibt es Voudou-Tempel, Houmforts, die vor Wachs schier überlaufen. Die Geisterdiener, furchtlose Iwas, laufen in Weiss und mit einer Kerze in den Händen herum. Auf den Altären läuft das Wachs über Flaschen, Figuren, Nahrungsmittel und Devotionalien. Unweit davon, in diesem so katholischen Land, gehen sie in Prozessionen von Kirche zu Kirche. Alles Kerzen, die verbrannt werden, damit Licht werde in Haiti.

Niemand ist begeistert, als 2006 René Préal, ein ehemaliger Mitstreiter Aristides, erneut Präsident wird. Aber das Leben geht weiter, die Unsicherheit in den Städten nimmt ab. Der durchschnittliche Haitianer gibt die Hoffnung nicht auf. Von den ersten Minuten an, die man im Land verbringt, schon am Flughafen, wo eine Gruppe Musiker auf dem Teer schmort, erstaunt, wie sehr die Realität dieses Landes seinem Ruf widerspricht.

Auf Kreolisch wird «Haïti chérie» gesungen. Die selten gekauften Werke naiver Kunst bilden riesige Fresken an den Mauern der Städte. Dorfszenen, Insellfolklore. Eine Karibik-Republik, deren leergefegte Strände problemlos zu sommerlichen Pilgerstätten mutieren könnten. Kolonnen von Kindern in Schuluniform auf dem Schwulweg. Riesige, moderne Gebäude an den Berghängen, mitten in ein Meer von Bruchbuden gesetzt. Man glaubt sich anderswo. Und ist in Haiti.

Riesige haitianische Diaspora

Das Land hat zahlreiche Schriftsteller, Maler und Musiker hervorgebracht. In diesen Hungerzeiten finden alle ihren Platz in den Zeitungen, an den Wänden der lärmigen Städte, auf den Bühnen, die die Nacht trotz wirklicher oder bloss vermuteter Gefahren beleben.

Die Landflucht hat aus Port-au-Prince einen übergewichtigen Termitenbau gemacht. Die Landwirtschaft, einst Stolz des Landes, vermag die über 8,5 Millionen Einwohner nicht mehr zu ernähren.

Importierter amerikanischer Reis ist billiger als vor Ort produzierter. Zu Napoleons Zeiten nannte man diesen Teil der Insel «Perle der Antillen». Zuckerrohr, Kaffee, Früchte: massenweise wurden die Produkte der fruchtbaren Böden exportiert. Die Rumbrennerei Barbancourt ist eines der letzten übrig gebliebenen Zeichen einer abgezogenen Industrie.

Die Herausforderung, vor der Haiti steht, ist kolossal. Sie hängt zunächst mit politischer Stabilität zusammen. Geschätzte eine Million Haitianer leben in der Diaspora, vor allem in Miami, New York und Montreal. Sie warten auf mehr Sicherheit, bevor sie zu Hause investieren, damit die Arbeit beginnen kann, an gesellschaftlichen Reformen, Bildung, Ökologie – Bereiche, die für ein neues Fundament des Landes zentral sind.

Haiti wird existieren, sobald das Land nicht mehr als jene ungehörige Republik definiert wird, die es nicht fertig bringt, dauerhafte demokratische Prozesse zu implementieren. Dann wird die haitianische Ausnahme zu ihren Wurzeln zurückfinden: einem Stück Insel, Pionier des karibischen und afroamerikanischen Denkens. ■

(Aus dem Französischen)

* Arnaud Robert ist Journalist und Regisseur. Am Ende der Präsidentschaft von Jean-Bertrand Aristide berichtete er als Korrespondent für die Tageszeitung «Le Temps». Er hielt sich rund zehn Mal in Haiti auf.

Die Schweiz und Haiti

Von Wasserversorgung bis Strassenkinder

(bf) Die Schweiz engagiert sich seit Mitte der 1980er Jahre in Haiti. Angesichts der desolaten Situation im Land und im Nachgang zu zwei Naturkatastrophen, hat die DEZA ihr Engagement seit 2004 ausgebaut. 2005 wurde in Port-au-Prince ein DEZA-Büro eröffnet und 2006 ein humanitäres Sonderprogramm lanciert. Das diesjährige Budget für Haiti beläuft sich auf total 6,3 Millionen Franken (3,5 Millionen humanitäre Hilfe, 2,8 Millionen bilaterale Entwicklungszusammenarbeit).

Die **Humanitäre Hilfe** der DEZA ist in folgenden drei Sektoren aktiv:

Nahrungssicherheit: Unterstützt wird vorwiegend das Welternährungsprogramm (WFP) in Haiti. Einerseits durch einen finanziellen Beitrag, andererseits stellt das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe (SKH) dem WFP Experten zur Verfügung.

HIV/Aids: Durch eine Sensibilisierung der Institutionen und ihrer Mitarbeitenden soll in den Programmen von WFP und Partner-NGOs ein Beitrag zum übereinstimmenden Handeln (Mainstreaming) geleistet werden. Gleichzeitig werden Projekte mitfinanziert, welche sich an Betroffene, respektive besonders gefährdete Bevölkerungs-

gruppen (z.B. Strassenkinder) richten.

Infrastruktur: Mit diversen Projekten wird zum Wiederaufbau der sozialen Infrastruktur und damit zum verbesserten Funktionieren sozialer Institutionen beigetragen. So werden etwa Schulen und Heime für Kinder rehabilitiert, aber auch dezentrale Gesundheitsposten des Albert-Schweitzer-Spitals. Zentraler Aspekt dieser Projekte ist eine gemeinsame Planung und Durchführung mit den lokalen Akteuren.

Im Bereich **Entwicklungszusammenarbeit** hat die DEZA seit dem Rücktritt von Präsident Aristide ihre Unterstützung in zwei Sektoren leicht ausgebaut: Einerseits wurde die Zusammenarbeit mit Helvetas im Bereich der Wasserversorgung intensiviert. Dabei wird insbesondere darauf geachtet, dass alle wichtigen Akteure – Bevölkerung, Privatsektor und Lokalregierung – daran beteiligt sind. Andererseits hat die Sektion Umwelt ein Biodiversitäts-Projekt zum Schutz der natürlichen Ressourcen lanciert. Hinzu kommen Beiträge der DEZA an die schweizerischen NGOs, die in Haiti tätig sind. Momentan prüft die DEZA, unter genauer Beobachtung der politischen Entwicklung, Optionen für ein verstärktes Engagement in Haiti.

Aus der Geschichte

1791 Sklavenaufstand in der französischen Kolonie Santo Domingo. Zehn Jahre später erarbeitet Toussaint Louverture die erste Verfassung. Seine separatistischen Ambitionen irritieren Napoleon Bonaparte, der ihn ins Fort-de-Joux in den Jura verbannt.

1804 Haiti wird unabhängig. Jean-Jacques Dessalines schlägt die französischen Truppen in der Schlacht von Vertières und wird erster Präsident des Landes.

1826 Frankreich anerkennt die Unabhängigkeit gegen eine Abfindungssumme von 150 Millionen Francs d'or. Diese wird später systematisch als Argument für den wirtschaftlichen Misserfolg Haitis vorgebracht. Bis hin zu Jean-Bertrand Aristide, der 2004 von Frankreich Reparationen in der Höhe von mehreren Milliarden Dollar verlangt.

1915-1934 Amerikanische Besatzung. Diese nationale Tragödie erklärt zweifellos, weshalb die Bevölkerung heute zwiespältig auf die hohe Präsenz von Blauhelmen auf der Insel reagiert.

1957 Wahl von François Duvalier, genannt Papa Doc. Nach seinem Sturz übernimmt 1971 sein Sohn Jean-Claude die Macht. Der Duvalierismus hält sich 30 Jahre lang. Er ist geprägt von der Schaffung der Tontons Macoutes, erpresserischer Milizen und der Plünderung der Staatskasse.

1986 Am 7. Februar wird Baby Doc abgesetzt und geht nach Frankreich ins Exil. Nach einer Übergangszeit taucht Jean-Bertrand Aristide auf. 1991 wird er zum Präsidenten gewählt, sieben Monate später bei einem Militärputsch gestürzt. 1994 wird er von den USA wieder eingesetzt, um sein Mandat zu beenden.

1995 Der Aristide nahe stehende René Préval wird Präsident. 1996 gründet Aristide die Partei Fanmi Lavalas, um an die Macht zurückzukehren.

2001 Aristide ist wieder im Amt. Es beginnt eine Phase politischer Unruhen. Zivilgesellschaft, Intellektuelle und Studenten gehen gegen die Regierung auf die Strasse. Mit der von Aristide aufgelösten Armee verbundene Rebellen erobern die Städte im Norden und marschieren gegen Port-au-Prince.

2004 Aristide verlässt das Land. Nach einem kurzen Aufenthalt in der Zentralafrikanischen Republik flieht er nach Südafrika. Die UNO stellt in Haiti eine Stabilisierungstruppe auf (Minustah). Die Bevölkerung erlebt die demokratische Transition als schmerzhaften Prozess. Der soziale Frieden wird ständig von Kidnapping, politisch motivierten Morden und der Gewalt der Gangs untergraben.

2006 René Préval erhält ein neues Mandat. Nach einigen Monaten nimmt die Unsicherheit ab.

Fakten und Zahlen

Landesname

Republik Haiti. «Ayiti» bedeutet in der Taino-Sprache «bergiges Land».

Hauptstadt

Port-au-Prince

Fläche

27750 km²

Bevölkerung

8,5 Millionen Einwohner (2003)

Bevölkerungsdichte

271 Einwohner pro Quadratkilometer

Amtssprachen

Französisch und Kreolisch

Religionen

Katholiken: 80%
Protestanten: 16%
Die Hälfte der Bevölkerung praktiziert Voudou.

Ethnische Gruppen

Schwarze (95%), Mulatten und Weisse (5%)

Währung

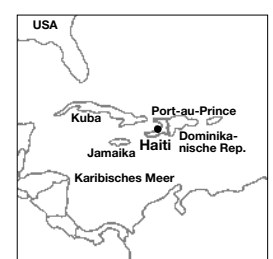
Gourde (30 Gourdes = 1 Franken)

BNP/Einwohner

1500 Dollar. Rund 80% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze.

Export

Fertigwaren, Mangos, Kakao, Kaffee, ätherische Öle



Kurze Chronik einer Witwe



Viergela Louisy ist Haitianerin, 59 Jahre alt, Witwe und Mutter von sieben Kindern. Sie lebt in der Montagne Noire, am Stadtrand oberhalb von Port-au-Prince, der Hauptstadt von Haiti.

Bevor er starb, hatte mir mein Mann in der Montagne Noire, wo die Temperaturen angenehmer sind als unten in Port-au-Prince, ein Haus mit vier Zimmern gebaut. Der Platz war knapp für mich und meine sieben Kinder. Am Abend mussten wir uns zum Schlafen einrichten wie die Sardinen. Gut, dass da auch ein Hof war, wo die Kinder tagsüber spielen konnten.

In Haiti eine Arbeit zu finden, ist nicht einfach. Nach dem Tod meines Mannes nahm ich einen sehr schlecht bezahlten Job als Haushaltshilfe an. Als Haushaltshilfe hat man am Wochenende einen Tag frei, um seine Familie zu besuchen. Unter der Woche dagegen ist man abends nicht zu Hause. Man steht morgens um fünf auf, macht Frühstück und arbeitet den ganzen Tag. Man kocht, wäscht, putzt und geht mindestens einmal pro Woche zum Markt. Ich habe für die Erziehung meiner Kinder hart gearbeitet. Ich nahm diese Stelle bei einer wohlhabenden Dame in Port-au-Prince für 1000 Gourdes pro Monat an, das sind nach heutigem Wert nicht einmal 30 Dollar. Ein Tropfen auf einen heißen Stein für eine Mutter, die sieben Kinder ernähren, anziehen und zur Schule schicken muss. Manchmal ging es mir sehr schlecht. Hilfe bekam ich von niemandem ausser von der heiligen Vorsehung.

Zwei Jahre arbeitete ich bei dieser Dame. Sie war sehr streng und erwartete viel von ihren Bediensteten. Im Haus lebte auch ihr drogenabhängiger Sohn. Eines Tages übernachtete seine Freundin bei ihm. Am nächsten Morgen, als ich ihnen den Kaffee servieren wollte, stiess ich auf den leblosen Körper der jungen Frau; sie lag auf dem Bett, eine Kra-

watte um den Hals. Er hatte sie erdrosselt. Ich rief die Mutter, und sie liess die Polizei kommen. Unglücklicherweise war ich an diesem Tag die einzige Angestellte. Das übrige Personal, zwei Frauen und zwei Wächter, hatten frei. Der junge Mann und ich wurden abgeführt und auf dem Kommissariat einvernommen. Ich wurde noch am selben Tag entlassen, als er den Mord gestanden hatte. Ich war traumatisiert. Bis zu diesem Tag hatte ich nie Kontakt zur Polizei gehabt, und da sass ich auf einmal für ein Verbrechen vor den Beamten, das ich nicht begangen hatte.

Drei Monate später stürmten schwer bewaffnete, maskierte Einbrecher ins Haus. Wir mussten uns alle bäuchlings auf den Boden legen. Sie fesselten und schlugen uns und verlangten eine hohe Summe Geld, wenn wir mit dem Leben davonkommen wollten. Die Chefin musste ihnen einen Check unterzeichnen. Ich erhielt Schläge und musste mich anschliessend einer traditionellen Behandlung mit Blättern unterziehen. Vom Lärm der Schüsse, die immer noch in meinem Kopf widerhallten, war ich traumatisiert und blieb eineinhalb Jahre zu Hause, bis ich wieder gesund war. In dieser Zeit halfen uns manchmal Freunde. Meine frühere Arbeitgeberin kümmerte sich einen Dreck um uns. Wir durften nicht einmal bei ihr klopfen gehen. Ich versuchte, meinen Kindern jeden Tag wenigstens eine Mahlzeit zu geben. Aber manchmal hatten sie den ganzen Tag und auch am Abend nichts zu essen.

2004, als ich wieder ganz gesund war, nahm ich eine andere Stelle als Haushaltshilfe an. Ich erhalte das Doppelte von dem, was ich vorher bei der Dame verdiente, und dazu noch 100 Gourdes für den Bus. Ich habe die Stelle immer noch. Und gleichzeitig komme ich meinen Verpflichtungen als Mutter nach. Zwei meiner Kinder sind verheiratet. Die fünf anderen sind erwachsen, aber noch von mir abhängig, weil sie nach ihrer Ausbildung keinen Job fanden. In Haiti leidet man, wenn man kein Geld hat. Die Kinder auch.

Ich hoffe auf ein wenig Erleichterung noch vor dem Tod. Und vertraue dem Bibelspruch: «Lass dein Brot über das Wasser fahren; denn du wirst es finden nach langer Zeit.» Also kämpfe ich weiter! So sieht die Realität vieler haitianischer Familien aus. Manche von ihnen leben ohne jede Hoffnung. ■

(Aus dem Französischen)



The New York Times / Redux / Bild



Tina Steiner

Die Schweiz im Weltgang

Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, Politiker und Politikerinnen, Wirtschafts- und andere Leute sind angetan vom «Alleingang» der Schweiz. Dieses beflügelte Wort ist durch die Wahl des Ansatzes für die Ausrichtung der Politik der Schweiz gegenüber der Europäischen Union in Mode gekommen. Seither ist es ein Schlagwort – den einen lieb, den anderen nicht.

Mag «Alleingang» das richtige Wort für die Umschreibung des schweizerischen Integrationsweges in Europa sein, so ist es das sicher nicht für die Beteiligung der Schweiz bei der Weltwirtschaft und für die auch unser Land zunehmend betreffende globale Politik. Die Schweiz ist da nicht im Alleingang, sondern im Weltgang – sie ist vernetzt, sie ist globalisiert und auf wirtschaftlicher Ebene beteiligt sie sich erfolgreich am internationalen Wettbewerb.

Sie kann auch nicht anders, will sie durch die globale Wirtschaftsverflechtung ihre Interessen wahren und den Wohlstand unserer Gesellschaft längerfristig sichern. Sind wir aber im Alleingang oder im Weltgang unterwegs, wenn wir uns Rechenschaft ablegen, wie es um die gelebte internationale Solidarität mit den Armen und Bedürftigen dieser Welt steht? Bringen wir uns so in die Mitgestaltung des globalen Hauses ein, wie es unsere Partner erwarten, oder wie viele von unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen sich das vorstellen? Beteiligen wir uns angemessen am Lastenausgleich für die Erbringung jener Unterstützung, welcher grosse Teile der Weltbevölkerung bedürfen? Geben wir von dem, was wir nehmen, auch angemessen zurück? Werden unsere Folgegenerationen einst verstehen, dass wir heute für Sozialhilfe im

eigenen Land viermal soviel ausgeben wie wir für die internationale Zusammenarbeit einsetzen, wo wir doch die Hälfte unseres Volkseinkommens im Ausland erwirtschaften? Sind unsere Antworten auf diese Fragen so klar und eindeutig?

Die reiche Schweiz – so bezeichnet man uns weltweit – ist im Glashaus. Wir werden beobachtet, beneidet, beargwöhnt. Man nennt uns erfolgreich, innovativ, solid und zuverlässig. Man respektiert uns, aber es werden zunehmend viele nicht so warm beim Beobachten unseres Tuns und der Eindruck nimmt zu, diese Schweiz könnte mehr leisten, könnte mehr teilhaben lassen am Erfolg. Es ist gut, wenn man gebraucht wird. Aber es tut weh, wegsehen zu müssen, im Wissen darum, was wir mit etwas mehr Solidarität tun könnten und es nicht tun – dass wir mehr Energie dafür verwenden, Dinge abzuwehren, als Lösungen mitzugestalten.

Müssen wir gar die Solidarität neu erfinden? Hätten wir die Kraft und den Willen, es im Alleingang zu tun, wir, die Willensnation Schweiz? Ich meine, wir tun gut daran, im Weltgang zu sein, tüchtig und erfolgreich. Aber das verlangt auch ein gutes Augenmass an Solidarität, am Mittragen und Lösen schwieriger Probleme. Wir haben dazu das Wissen, das Können und die Mittel. Es ist eine lohnende Investition in die Zukunft – und in den Weltgang. ■

Walter Fust
Direktor der DEZA

Viel Wissen um Wasser in



Mélanie Dreysse / Ifaif

EIER-Absolventen machen Karriere

Mit einem EIER/ETHL-Diplom in der Tasche steht für afrikanische Ingenieure und Techniker die Türe auf dem Arbeitsmarkt weit offen. Sie bekommen bei einer der zahlreichen öffentlichen oder privaten Organisationen, die sich mit Wasserwirtschaft und Umwelt beschäftigen, sofort eine Stelle. Im ganzen französischsprachigen Teil Afrikas sind ehemalige EIER-Absolventen in Kaderpositionen von Ministerien, Stadtverwaltungen, Ingenieurbüros, Baugesellschaften oder internationalen Organisationen tätig. Der Senegalese Ousseynou Diop zum Beispiel ist Regionalkoordinator des Wasser- und Sanitärprogramms der Weltbank. Der Mauretaniumer Guéladio Cissé ist Leiter des Schweizer Forschungszentrums in Abidjan und Alassane Baba-Moussa Chef der staatlichen Wasserversorgungsgesellschaft von Benin. Cheikh Touré aus Senegal leitet ein international tätiges Büro für Wasser-, Abfall- und Umweltprobleme in Dakar.

Die Eidgenössische Technische Hochschule in Lausanne arbeitet seit 1980 mit einer Ingenieurschule in Burkina Faso zusammen. Bisher wurden dank dieser von der DEZA finanzierten Partnerschaft fast 450 Spezialisten für Sanitärinstallationen und Wasserbewirtschaftung ausgebildet. Heute tragen sie zur Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser und der Abwasserreinigung in Westafrika bei.

(jls) Mit der Annahme der Millenniumsentwicklungsziele verpflichtete sich die internationale Gemeinschaft, bis im Jahr 2015 den Anteil von Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser und Abwasserreinigung zu halbieren. Sollte die Entwicklung im aktuellen Tempo weitergehen, werden diese Ziele südlich der Sahara nicht erreicht. Für rund 44 Prozent der Haushalte ist die nächste Zapfstelle mit sauberem Trinkwasser immer noch mindestens einen Kilometer vom Wohnort entfernt. Bis zu ihrer Wasserstelle müssen die Frauen oft lange Wege zu Fuss zurücklegen.

Noch dramatischer ist die Situation bei der Abwasserreinigung: 64 Prozent der Bewohner leben in Häusern ohne die nötigsten sanitären Einrichtungen. Sie müssen ihre Notdurft in Latrinen unter freiem Himmel, auf Kesseln oder irgendwo draussen verrichten. Dies begünstigt die Verbreitung von Durchfallerkrankungen, die sich über die menschlichen Exkremamente verbreiten.

Um den Deckungsgrad der Wasserversorgung und der Abwasserreinigung zu erhöhen, braucht Afri-

ka nicht bloss materielle Ressourcen, sondern auch Profis, die die notwendige Infrastruktur planen, bauen und unterhalten können. In Westafrika kommen die besten Spezialisten aus zwei Schulen mit regionaler Ausstrahlung in Ouagadougou: Der Interstaatlichen Ingenieurschule für ländliche Entwicklung (EIER) und der Technikerschule für Wasserbau und ländliche Entwicklung (ETSHER). Sie wurden von 14 französischsprachigen Staaten nach der Entlassung in die Unabhängigkeit gegründet und bilden inzwischen eine gemeinsame Struktur.

Fast dreissig Jahre Partnerschaft

Seit 1980 bietet die ETH Lausanne zusammen mit der EIER Nachdiplomabildungen in den Bereichen Wasser, Umwelt und Entwicklung an. Die von der DEZA finanzierte Partnerschaft hat zum Ziel, die Qualität der Ausbildung an der EIER anzuheben und die Forschung an konkreten, Afrika betreffenden Problemen zu unterstützen. ETHL-Professoren leiten Seminare, begleiten die

Ouagadougou



Thomas Grabka / laif

Prüfungen und betreuen Forschungsarbeiten. Die besten Studenten der EIER können in Lausanne Nachdiplomausbildungen absolvieren. Die begehrten Diplome werden von beiden Institutionen anerkannt.

Bisher konnten dank der Zusammenarbeit insbesondere 237 Spezialisten für Wasserbewirtschaftung und Bewässerung sowie 209 Spezialisten für Sanitäranlagen und Umweltprobleme ausgebildet werden. Ausserdem haben zehn Forscher an der ETHL auf der Grundlage von Projekten aus Ouagadougou doktoriert.

Einer von ihnen ist der Ivorer Koné Doulaye. Seine 2002 vorgelegte Doktorarbeit hatte die Abwasserreinigung in Abwasserteichen zum Thema, eine Technik, die den biologischen Abbau mit Sonnenwärme in Gang setzt. «Das ist ein natürliches und billiges System, ideal für unsere Länder. Es gibt auch andere. Das Problem in Afrika ist, dass viele Abwasserreinigungsanlagen nicht mehr funktionieren. Die Entwicklungsagenturen investieren zunächst viel Geld in den Bau der Infrastruktur. Irgendwann geht sie kaputt, weil sie nicht von qualifiziertem Personal betreut wird. Oft sind die Geldgeber sogar bereit, Experten aus dem Norden zu schicken, um die Probleme zu lösen. Sinnvoll ist das nicht. Es ist besser, Ingenieure und Techniker vor Ort auszubilden.»

Aus diesem Grund finanziert die DEZA die Zusammenarbeit zwischen ETHL und EIER: «Wir wollen in das Humankapital investieren. Diese Partnerschaft ist stark praxisorientiert und trägt zur

Entwicklung lokaler Kapazitäten bei», stellt Projektleiter Pascal Fellay fest.

Ein vergessenes Thema

Die DEZA nimmt auf den Inhalt der Partnerschaft Einfluss, um sicherzustellen, dass sich die angebotenen Ausbildungen den wichtigsten Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit widmen. Sie ist beispielsweise daran interessiert, dass die künftigen Ingenieure ihre Länder beim Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele unterstützen können.

«Beim Zugang zu Trinkwasser hat Afrika einigen Fortschritt gemacht, denn das ist ein Bereich, dem die Politik viel Beachtung schenkt. Bei der Abwasserreinigung ist man jedoch in Verzug, die weckt entschieden weniger Interesse. Deshalb muss man sich darauf konzentrieren», erklärt François Münger, Wasserfachmann bei der DEZA.

Die EIER widmet sich speziell der Verarbeitung von Klärgrubenschlamm und Latrineneinhalt. Zurzeit werden diese ganz einfach in Flüsse und Kanäle geleitet oder im Niemandsland ausgebracht. «Es müssen dringend Recycling-Technologien zu erschwinglichen Preisen entwickelt werden», führt Koné Doulaye aus. «Leider interessieren sich nur die wenigsten Wissenschaftler für Klärschlamm. Dieses Thema widert sie ein wenig an, auch wenn es für die Gesundheit der Bevölkerung von zentraler Bedeutung ist.» ■

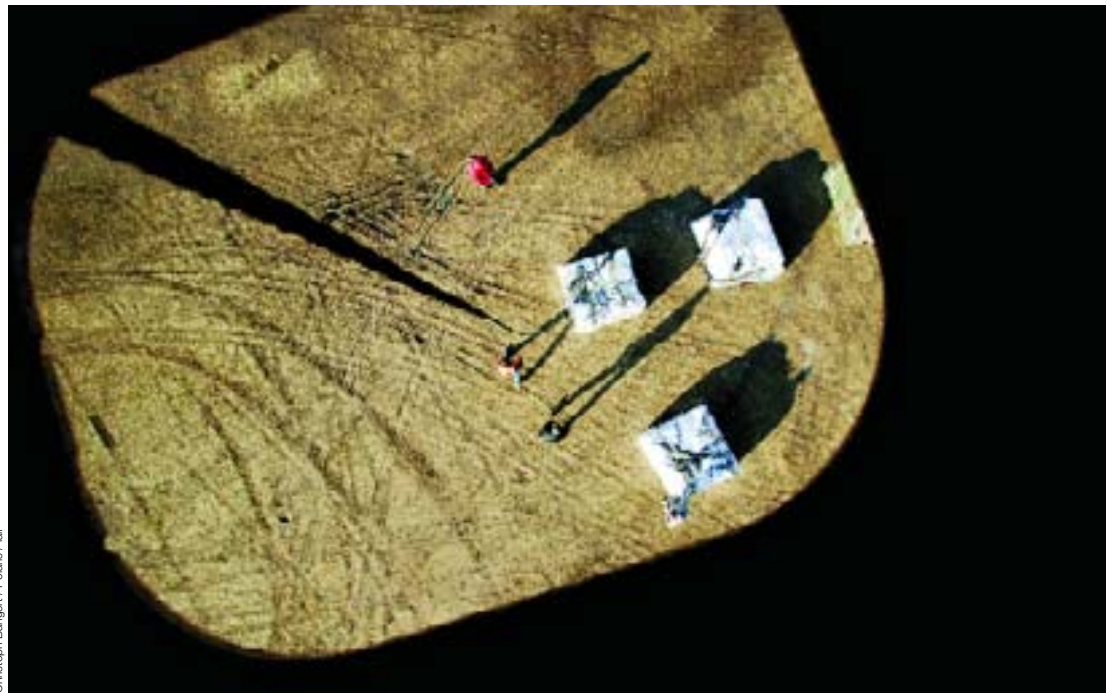
(Aus dem Französischen)

Afrika bildet seine eigenen Eliten aus

2006 gab sich die EIER-ETSHER-Gruppe in Ouagadougou neue Strukturen. Die Fusion der beiden Organisationen führte zur Gründung des Institut international de l'ingénierie de l'eau et de l'environnement (2IE). Es ist zu einem Kompetenzzentrum des Afrikanischen Wissenschafts- und Technologie-Instituts (IAST) geworden, das im selben Jahr von der Nelson Mandela Institution for Knowledge Building and the Advancement of Science and Technology in Sub-Saharan Africa (NMI) gegründet worden war. Das IAST hat sich zur Aufgabe gemacht – in Afrika und mit Afrikanern – Unternehmer, Führungskräfte und Wissenschaftler auszubilden, die dem Kontinent neue wirtschaftliche Dynamik verleihen und die Lebensbedingungen der Einwohner verbessern können. Es wird aus vier Campus für höhere Ausbildungen bestehen, die mit kleineren, aber äusserst spezialisierten Kompetenzzentren in Verbindung stehen. Der erste dieser Campus wird 2008 in Abuja, Nigeria, eröffnet.

Das fehlende Glied in der humanitären Kette

Katastrophen und Krisen werden immer komplexer und erfordern einen multidisziplinären Ansatz. Um den neuen Herausforderungen gewachsen zu sein, wurde auf Anregung der Schweiz letzten Juni in Genf das Global Humanitarian Forum gegründet. Dieses vernetzt Akteure unterschiedlichster Ausrichtung. Präsiert wird es vom ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan.



Christoph Bangerter / Polaris / laif

Herausragende Persönlichkeiten

Der strategischen Ausrichtung des Forums und der Umsetzung eines Aktionsplans wird sich der Stiftungsrat als Steuerungsorgan annehmen. Zusammengesetzt ist er aus rund zwanzig Persönlichkeiten mit internationaler Ausstrahlung. Dazu gehören der frühere IMF-Generaldirektor Michel Camdessus, die ehemalige UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson, der Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen, der katholische Theologe Hans Küng, der stellvertretende UNO-Generalsekretär für humanitäre Angelegenheiten Jan Egeland, der ehemalige Weltbankpräsident James Wolfensohn und der Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus.

(JL) Genf, die «Hauptstadt der humanitären Hilfe», beherbergt zahlreiche Institutionen, die sich auf die verschiedenen Aspekte der Hilfe für Krisen- und Katastrophenopfer spezialisiert haben. Was bisher fehlte, war eine Struktur, die es den Exponenten ermöglicht, Erfahrungen auszutauschen und mit Vertretern anderer Sparten in Kontakt zu kommen, die ebenfalls eine Rolle im humanitären Bereich spielen: Privatsektor, Regierungen, Streitkräfte, Universitäten, Think Tanks, Zivilgesellschaft und Medien.

Aus diesem Grund hat der Bundesrat die Schaffung des Global Humanitarian Forum unterstützt. Diese Plattform soll die verschiedenen Gruppierungen und Disziplinen vernetzen. Ihr Fachwissen muss verknüpft werden, um die internationale Reaktion auf neue humanitäre Probleme zu verbessern.

Risiken reduzieren

Heutige Krisen, ob natürlichen Ursprungs oder von Menschenhand gemacht, zeichnen sich durch ihr Ausmass und ihre Komplexität aus. «Immer öf-

ter sind sie stark vom Umfeld aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt geprägt. Man kann sie nicht allein aus humanitärer Perspektive angehen», führt Meinrad Studer, Leiter des Forums und ehemaliger DEZA-Kadermitarbeiter aus.

Der multidisziplinäre Ansatz drängt sich insbesondere bei der Prävention auf; sie ist eine der Prioritäten der neuen Institution. «Der humanitäre Bereich darf sich nicht damit begnügen, auf Katastrophen zu reagieren. Er muss auch vorausschauen und in die Risikoreduktion investieren können.» Das Forum wird nicht vor Ort aktiv, sondern soll innovative Ansätze entwickeln, Public-Private-Partnerships fördern und neue Akteure für humanitäre Aufgaben gewinnen.

Kofi Annan hat dem Wunsch der Schweiz entsprochen und sich als Präsident des Stiftungsrats zur Verfügung gestellt. Ab 2008 wird dieser jährlich eine von Experten – an thematischen Workshops – vorbereitete Versammlung auf hoher Ebene einberufen. ■

(Aus dem Französischen)

Umbau der Ostzusammenarbeit

(jtm) Die Schweizer Ostzusammenarbeit richtet ihren Blick ab Ende 2007 verstärkt nach Mitteleuropa und ins Baltikum. Grund dafür ist der Schweizer Beitrag zur Verminderung der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in der erweiterten EU. In den nächsten zehn Jahren werden in den zehn Staaten, die 2004 der EU beitraten, Projekte für insgesamt 1 Milliarde Franken umgesetzt. Betreut wird dieses breite Aufgabenfeld von der Sektion «Neue EU-Mitgliedstaaten». Sie wird – am Hauptsitz der DEZA – von Ueli Stürzinger geleitet und beschäftigt zehn Mitarbeiter. Die neue Sektion betreut das Bewilligungsverfahren für Projekte, überwacht deren Umsetzung und pflegt Kontakte zu den

Behörden der Partnerländer. Der Erweiterungsbeitrag wird vor Ort auch von Schweizer Experten begleitet. Dazu werden anfangs 2008 vier Büros in den Schweizer Botschaften in Warschau, Budapest, Prag und Riga eröffnet.

Personelle Wechsel

(ahj) Serge Chappatte, seit 2001 Vize-Direktor der DEZA und Leiter des Bereichs Multilaterale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik, tritt gegen Ende Jahr in den Ruhestand. Der Jurassier hatte in Neuenburg Ökonomie studiert, arbeitete bis 1972 in der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft in London, Frankfurt a. Main und Genf und trat anschliessend in den Dienst der DEZA ein, wo er als Programmbeauftragter in der Sektion Asien und als Koordi-

nator in Islamabad sowie in New Delhi tätig war. 1984 übernahm er die Leitung der Sektion Asien I, 1992 der Abteilung Afrika und Lateinamerika. 1997 wurde er stellvertretender Leiter der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Sein Nachfolger wird ab Anfang 2008 der Tessiner Jörg Frieden. Frieden war bis Ende Juli Koordinator der DEZA in Kathmandu, wo er überdies bis Ende 2007 als Berater im Friedensprozess die UNO-Mission in Nepal unterstützt. Frieden, ebenfalls Ökonom, begann seine Laufbahn bei der DEZA 1986 als wissenschaftlicher Mitarbeiter, wirkte in verschiedenen Kaderfunktionen in Bern, Mosambik und bei der Weltbank in Washington. Bevor er für die DEZA nach Nepal ging, war er viereinhalb Jahre beim damaligen Bundesamt für

Flüchtlinge als Vizedirektor für Finanzen und Sozialpolitik zuständig. Auch im Bereich Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit steht ein Wechsel bevor: Adrian Schläpfer, seit 2003 Vizedirektor und Bereichsleiter, geht Anfang 2008 nach Dar Es Salaam, wo er die Funktionen des Schweizer Botschafters in Tansania und des Koordinators der Entwicklungszusammenarbeit übernimmt. Schläpfer ist, nach Einsätzen für die UNO und die Weltbank, seit 1979 auf verschiedenen Kaderstufen für die DEZA tätig. Unter anderem wirkte er zehn Jahre in Lateinamerika. Seine Nachfolge stand bei Redaktionsschluss noch offen. Ebenfalls zum Botschafter ernannt hat der Bundesrat Marco Rossi, den Leiter des DEZA Kooperationsbüros in La Paz, Bolivien.

Was eigentlich ist... Corporate Social Responsibility?

(bf) Corporate Responsibility ist gleichbedeutend mit «unternehmerischer Verantwortung», beschreibt den Grad des Verantwortungsbewusstseins eines Unternehmens, wo immer seine Geschäftstätigkeit Auswirkungen auf die Gesellschaft, die Mitarbeiter, die Umwelt und das wirtschaftliche Umfeld hat. Es steht im engeren Sinn für eine Unternehmensphilosophie, die Transparenz, ethisches Verhalten und Respekt aller Beteiligten in den Mittelpunkt unternehmerischen Handelns stellt. Das Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) betont darüber hinaus die ökologische und soziale Dimension stärker als die wirtschaftliche und wird zudem oft mit dem Begriff der unternehmerischen Nachhaltigkeit (d.h. eine Unternehmensführung unter ausgewogener Berücksichtigung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren) gleichgesetzt. Bezüglich der Entwicklungszusammenarbeit wird der Begriff der CSR vorab mit dem Global Compact verwendet. Diese Initiative der UNO zielt darauf ab, die Strategien und das Verhalten des Privatsektors, insbesondere der grossen, multinationalen Unternehmen zu beeinflussen. Und zwar im Sinne der Förderung einer gegenüber den Menschenrechten, den Arbeitsbedingungen, der Umwelt und der Bekämpfung der Korruption verantwortlichen Geschäftsführung. Bis heute unterschrieben weltweit rund 2900 Firmen den Global Compact. Die DEZA versucht CSR-Aktivitäten von Firmen kompetent zu unterstützen, wo diese in den Tätigkeitsbereich der DEZA fallen. Gleichzeitig versucht sie, an jenen politischen Rahmenbedingungen zu arbeiten, welche CSR-Aktivitäten erlauben. Ziel ist es, dass Firmen mit

umgesetzten CSR-Prinzipien (wie beispielsweise jene des Global Compact oder der OECD Guidelines for CSR) Geschäftspartner privilegieren und somit mit einem relativ hohen Sozialstandard einen Druck hin zu besseren Sozialbedingungen entfalten. Dadurch entsteht auch über gesetzliche Standards hinaus ein gewisser Schutz der betroffenen Menschen und es erhöht gleichzeitig den Druck auf andere Firmen, diese Standards freiwillig einzuhalten.



Marin Rogiers / laif

Die Budgethilfe: Nicht perfekt, aber zumindest existent

Internationale Hilfe fließt immer öfter direkt in die Budgets der Entwicklungsländer. Die Budgethilfe gibt den Staaten die Mittel, ihren wichtigsten Aufgaben gerecht zu werden und die Armut zu bekämpfen. Die Stärken und Schwächen dieses relativ neuen Instruments der Entwicklungszusammenarbeit rufen auch kritische Stimmen auf den Plan. Von Jane-Lise Schneeberger.

Grundsätzlich positive Bilanz

Eine Gruppe von 24 Geberländern und 7 Entwicklungsländern (Burkina Faso, Malawi, Mosambik, Nicaragua, Ruanda, Uganda und Vietnam) haben eine Evaluation der allgemeinen Budgethilfe (ABH) veranlasst.

Durchgeführt wurde die Studie unter der Ägide der OECD von der Universität Birmingham. Die 2006 publizierten Schlussfolgerungen fallen insgesamt positiv aus. ABH ist kein Allerweltsmittel zur Lösung jeglicher Entwicklungsprobleme. Aber sie kann die Effizienz öffentlicher Mittelausgaben, inklusive der Entwicklungshilfe, erhöhen. Sie unterstützt nationale Armutsverminderungsstrategien und hält die Partnerregierungen dazu an, ihre Ausgaben im sozialen Bereich zu erhöhen. Zu beweisen, dass Gelder aus der Entwicklungshilfe besonders hohe Wirkung auf die Armutsreduktion haben, ist schwierig, weil sie zu den übrigen Ressourcen des Budgets hinzukommen.

«*Evaluation d'appui budgétaire général*»: www.oecd.org/dataoecd/2/5/44/37426658.pdf



Im Lauf der letzten zehn Jahre haben sich die Beziehungen zwischen Geldgebern und Empfängerländern stark verändert. Neue Ansätze wurden entwickelt, um die Effizienz der Hilfe zu verbessern. Entwicklungspolitik von aussen zu diktieren, kommt nicht mehr in Frage. Die armen Länder müssen ihre Prioritäten selbst setzen und «das Steuer in die Hand nehmen». Die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eingeführte Budgethilfe unterstützt diese nationale «Aneignung».

Diese besteht darin, Geld entweder ins Gesamtbudget des Landes einzuschiessen (allgemeine

Budgethilfe, ABH) oder aber in das Budget eines Ministeriums, das einem bestimmten Bereich wie Gesundheit oder Erziehung vorsteht (sektorielle Budgethilfe, SBH). Als Gegenleistung verlangen die Geberländer transparente Finanzwirtschaft. Das Partnerland verpflichtet sich weiter, sein Budget auf die Umsetzung einer Strategie zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Paper, PRSP) auszurichten, die zusammen mit der Zivilgesellschaft und dem Parlament erarbeitet wurde.

Die Geber stimmen ihr Vorgehen aufeinander ab

und treten gemeinsam auf. Sie etablieren einen ständigen politischen Dialog mit den lokalen Behörden. In diesem Rahmen verhandeln die Partner über einen Katalog von Reformen, legen die zu erreichenden Jahresziele fest und messen die erzielten Fortschritte.

Kalkulierbare Risiken

Budgethilfe macht einen immer grösseren Teil der internationalen Hilfe aus. Die Vor- und Nachteile dieses Instruments werden unter Entwicklungsfachleuten kontrovers diskutiert. Gemäss Ivo Germann, dem stellvertretenden Leiter des Ressorts Makroökonomische Unterstützung im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), ist es noch zu früh, um einen direkten Einfluss der ABH auf die Armutsreduktion statistisch nachweisen zu können. Das SECO, das dieses Instrument seit 1996 einsetzt,

fluss der ins Budget eingeschossenen Franken oder Euro nicht nachvollziehen lässt, könnten Steuergelder von korrupten Beamten abgezweigt oder zu anderen Zwecken als der Armutsreduktion eingesetzt werden, beispielsweise zum Kauf von Waffen. Eine kürzlich durchgeführte Studie der OECD widmet sich dieser Frage. ABH, so der Schluss der Experten, ist nicht anfälliger für Korruption als andere Formen von Unterstützung. «Es scheint sich sogar zu bestätigen, dass in Ländern, in denen sich ein intensiver politischer Dialog über öffentliche Gelder etabliert hat, unproduktive Budgetposten, zum Beispiel Militärausgaben, im Allgemeinen niedriger sind und tendenziell sinken», stellt Ivo Germann fest.

Die Geldgeber-Regierungs-Achse

Viele Nichtregierungsorganisationen (NGO) in



Caroline Parny / Panor / Stratos

Ob allgemeine oder sektorielle Budgethilfe, die Schweizer Unterstützung beschränkt sich auf einige wenige Sektoren und Länder, darunter Benin, Kirgisistan und Nicaragua (nächste Seite)

konnte allerdings zahlreiche positive Effekte feststellen.

Die allgemeine Budgethilfe erhöht die Effizienz der Unterstützung, stabilisiert die makroökonomischen Bedingungen des Empfängerlands und stärkt die Verwaltung der öffentlichen Finanzen. «Wir haben die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, bestimmte Risiken einzugehen», sagt Ivo Germann.

Eine der wiederkehrenden Kritiken an die Adresse der Budgethilfe betrifft die sogenannten treuhänderischen Risiken: Da sich der genaue Geld-

fluss der Schweiz und im Ausland stehen der Budgethilfe dennoch skeptisch gegenüber. «Wir haben nichts gegen nationale Aneignung oder Koordination unter den Geldgebern. Das ist theoretisch alles perfekt. Aber bei der Umsetzung kommt es zu grossen Problemen», sagt Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliance Sud. Denn die Aneignung erfolgt nur zum Teil. Bis heute wurde nicht ein einziges PRSP wirklich partizipativ erarbeitet. «Die Regierungen ziehen Zivilgesellschaft und Parlament kaum oder überhaupt nicht bei. Zudem sind sie ausschliesslich den Geberländern Rechen-

Sorgfältige Auswahl

Die Schweiz gewährt sechs armen Ländern allgemeine Budgethilfe: Mosambik, Tansania, Burkina Faso, Ghana, Nicaragua und Benin. Bei fünf führt sie die Gruppe der Geberländer an. Die Bewilligung von ABH liegt grundsätzlich im Kompetenzbereich des SECO. Dabei kommen relativ strenge Auswahlkriterien zur Anwendung: Um Hilfe zu erhalten, müssen die Empfängerländer offensichtlichen Willen zur Armutsbekämpfung bekunden, ein transparentes Budget aufweisen und in den vergangenen Jahren umfassende makroökonomische und strukturelle Reformprogramme eingeleitet haben. Das SECO verpflichtet sich gewöhnlich für drei Jahre. Die Unterstützung erfolgt in Tranchen und beläuft sich auf Beträge zwischen 6,5 und 9 Millionen Franken jährlich. Die DEZA dagegen bevorzugt sektorielle Budgethilfe. Sie unterstützt Reformen der Regierungen von Mosambik, Tansania und Kirgisistan im Gesundheitsbereich und fördert die ländliche Entwicklung in Nicaragua.



La Figaro Magazine / iaf

Erhöhungen wahrscheinlich

Innerhalb eines Jahrzehnts hat die Budgethilfe gegenüber anderen Modalitäten der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewonnen. Jährlich werden rund 5 Milliarden Dollar auf diese Weise eingesetzt, was noch weniger als 5 Prozent der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe ausmacht. Der Anstieg dürfte jedoch anhalten. Die 2005 verabschiedete Erklärung von Paris zur Effizienz der Entwicklungshilfe setzt den Geldgebern ein ehrgeiziges Ziel: Bis 2010 sollen zwei Drittel der zugesagten Hilfsgelder im Rahmen von Budgethilfen gewährt werden. Die Weltbank, Grossbritannien, die EU-Kommission, Norwegen und Schweden setzen ganz klar auf dieses Instrument. Andere Geldgeber wie die USA und Japan zeigen sich zurückhaltender in der direkten Unterstützung von Regierungen. In der Schweiz liegt der Anteil der ABH seit einigen Jahren bei rund 3 Prozent. Inklusive sektorieller Programme deckt die gesamte Budgethilfe rund 5 Prozent des Schweizer Entwicklungsportefeuilles ab.

schaft schuldig, nicht ihrer Bevölkerung. Dieses System schwächt die nationalen Akteure.» Das Risiko bestehe, dass sich die Regierung auf den politischen Dialog mit den Geldgebern konzentriert, besonders wenn diese einen hohen Anteil des Budgets finanzieren, räumt Ivo Germann ein. «Es braucht einen Begleitmechanismus. Allerdings müssen die Geberländer darauf achten, dass dieser die demokratische Ordnung nicht unterläuft.» In den von ihr unterstützten Ländern setzt sich die Schweiz dafür ein, dass NGOs, Parlament und privater Sektor mitreden. «Die Regierungen eröffnen nicht reflexartig eine öffentliche Debatte über die Verwendung staatlicher Ressourcen. Die meisten haben das bisher noch gar nie getan. Einer der Vorteile der Budgethilfe ist, dass sie neue Dialogmöglichkeiten schafft. So lassen sich die Probleme auf den Tisch legen.»

Allein gegen das Kartell

Die Koordination hat zur Vereinfachung des Vorgehens beigetragen. Aber sie habe auch ihre Kehrseite, wenden die Hilfswerke ein. Gemeinsam haben die Geldgeber ein beträchtliches Gewicht und können das Partnerland umfassend kontrollieren. «Die lokale Regierung steht einem regelrechten Geberkartell gegenüber, was ihr einen nur ganz engen Handlungsspielraum lässt. Unternimmt sie etwas, das den Gebern missfällt, läuft sie Gefahr, einen grossen Teil des Budgets aufs Spiel zu setzen», erklärt Peter Niggli. Vertraglich behalten sich die Entwicklungsagenturen nämlich vor, ihre Zuschüsse sofort abzusetzen oder zu reduzieren, zum Beispiel wenn die Regierung Grundprinzipien wie die Einhaltung der Menschenrechte oder das Abhalten freier Wahlen missachtet. Schlechte Performance dagegen lässt sich nicht mit der Blockierung bereits gesprochenener Budgetzuschüsse sanktionieren.

«Die Budgetfinanzierung ist auf Resultate ausgerichtet, muss jedoch für die Partnerregierung vorhersehbar sein. Werden bestimmte Ziele nicht erreicht, kann man die Beträge erst im folgenden Rechnungsjahr reduzieren», bemerkt Jürg Benz, der 2005 und 2006 als Leiter des Schweizer Kooperationsbüros in Nicaragua der Gruppe der Geberländer vorstand.

Projekte sind nicht gefährdet

Der Trend zur Verlagerung der Ressourcen auf den Staat schürt ebenfalls Ängste. Zurzeit setzen die Geberländer noch unzählige Projekte in Zusammenarbeit mit NGOs aus dem Süden um. Diese befürchten, an den Rand gedrängt zu werden, sollten eines Tages alle Hilfsgelder über die nationalen Budgets fließen. Sie würden quasi zu Handlangern der Regierungsstrategien degradiert. «Was für ein Unsinn! Die Zivilgesellschaft kann ihre Rolle als Gegengewicht nicht spielen, wenn sie vom Staat finanziert wird», kommentiert Peter Niggli. «Deshalb verlangen wir, dass die staatlichen Entwicklungsagenturen weiterhin direkt die von den Regierungen unabhängigen Akteure unterstützen.»

Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit hat nicht die Absicht, die für die allgemeine Budgethilfe eingesetzten Mittel spürbar zu erhöhen; noch weniger soll auf den herkömmlichen Projektansatz verzichtet werden. Sie betrachtet die verschiedenen Unterstützungsmodalitäten vielmehr als komplementär. Werden sie gleichzeitig eingesetzt, lassen sich Synergien nützen. Geberländer müssen die Realität vor Ort sehr genau kennen, um zum politischen Dialog im Land beitragen zu können. Die notwendigen Grundlagen dafür können sie im Rahmen von Projekten erarbeiten. ■

(Aus dem Französischen)

Verwöhnte kleine Vietnamesen

Vor etwa fünfzehn Jahren lief am vietnamesischen Fernsehen die japanische Serie «Oshin», benannt nach einer Magd, die zur Chefin einer Supermarktkette aufsteigt. Aus lauter Bewunderung für die Frau mit ihrer beispiellosen Hingabe und Willenskraft nennen die Vietnamesinnen seit da ihre Haushalthilfen «Oshin».

Die meisten Hausangestellten kommen vom Land. In der Stadt werden sie beim Arbeitgeber untergebracht. Meistens schlafen sie in einem Bett neben der Küche. Die Anforderungen an sie sind nicht unbescheiden: Die Gebieterin will eine arbeitsame, perfekte Oshin; sie muss gut zu kochen wissen, vernünftig, ehrlich und schweigsam sein, dazu lieb im Umgang mit Kindern und alten Leuten gegenüber respektvoll, wenig essen und noch weniger schlafen, keinen Kontakt zu den Nachbarn haben, nie fernsehen und fast nie frei verlangen... Eigenschaften, die auch der besten Ehefrau abgehen. Resultat: Entspricht eine Oshin einigen dieser Kriterien, wird sie von ihrem Arbeitgeber gehätschelt – und hat das Schicksal der ganzen Familie im Griff. Vor allem, wenn alte Menschen, Kranke oder Kinder dazu gehören. Besonders Kinder.

Ganz am Anfang finden es die

Mütter toll, ihren Nachwuchs zu umsorgen, aber sobald jemand das Bébé in den Arm nimmt und sich darum kümmert, geben sie es gerne ab. Kind und Oshin werden von da an unzertrennlich. Das Kind lernt mit dem Akzent der Oshin reden und nimmt ihre Gewohnheiten an, auch bezüglich Fernsehen.

Die mittellosen jungen Frauen kennen jede Menge günstiger Hausmittel; aber sobald sich ihre finanzielle Situation bessert, geben sie sie so schnell wie möglich auf. Paradoxerweise interessieren sich reiche Familien für diese traditionellen Praktiken. Im Sommer muss das Bébé beispielsweise in Grün- oder Bittermelonentee gebadet werden, was Hitzepickeln vorbeugen soll. Um im Winter den Hustenschleim zu lösen gibt's nichts Besseres als geröstete Bohnen. Nach dem Bad muss man dem Kleinkind unbedingt ein Säckchen gesalzene Lauchzwiebel auf den Nabel legen. Und wenn sich die Mutter den ganzen Körper mit gelbem Kurkuma einstreicht, braucht sie sich dafür einen ganzen Monat lang nicht mehr zu duschen oder zu baden... Auf die Oshin kann man sich verlassen, für alles kennt sie das richtige Hausmittel. Für sich selbst aber nimmt sie, was gerade in den Werbespots zu sehen ist und im

Supermarkt zuvorderst steht.

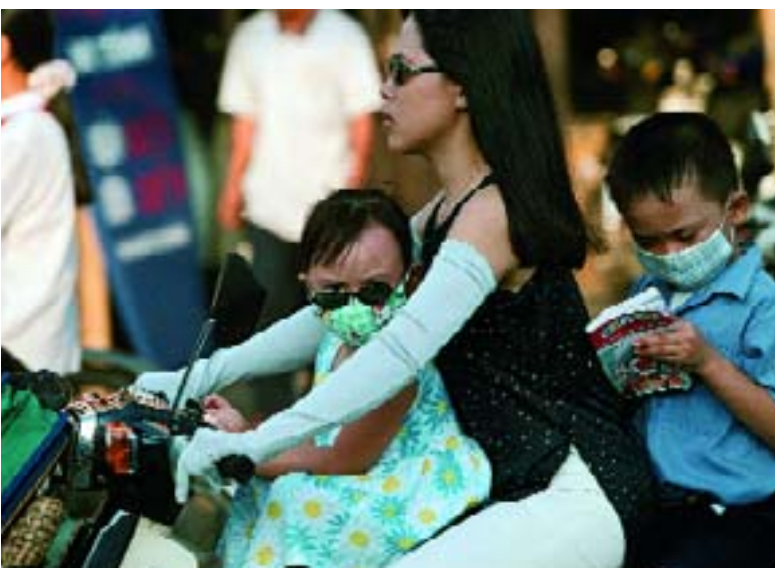
Mit einer Oshin kann das Essen der Kinder Stunden dauern. Anschauung dafür bietet der Spielplatz einer grossen Siedlung: Oshin mit Kinderwagen, so weit das Auge reicht. Und jede hält ihrem Schützling eine Rassel oder ein Pistölchen unter die Nase und bittet ihn dazu inständig, doch bitte noch einen Löffel zu essen. Alle machen sie dasselbe Theater, die lieben Kleinen, und halten ihre Oshin zum Besten. Sagt Ihnen die historische Zitadelle von Hué etwas? Eine meiner Freundinnen muss jeden Nachmittag eine Rikscha ordern, die rundherum fährt – das Kind isst seinen Brei nur während der Fahrt in Begleitung der Kinderfrau.

Tag für Tag verlassen junge Frauen ihre Familien auf dem Land. In der Stadt können sie einfacher Geld verdienen, das sie dann nach Hause schicken, um ihre eigenen Kinder zu ernähren. Je grösser das Heer von Oshin wird, desto verwöhnter sind die Knirpse in der Stadt. Und wenn die Oshin nach Hause fährt, stehen die Eltern vor einer Katastrophe. Ein befreundetes Paar vertraute sein Kind schon bald nach der Geburt ganz ihrer Oshin an. Die fuhr zu Neujahr in ihr Dorf. Der Knopf verweigerte jedes Essen und wollte nicht mehr schlafen. Die Eltern baten die Oshin inständig, doch bitte zurückzukommen, aber sie weigerte sich. Am Vorabend des Tet-Festes mieteten sie deshalb ein Auto und reservierten ein Hotelzimmer in der Nähe des Dorfs der Kinderfrau. Klar, dass ihnen das süsseste aller Kinderlächeln alles Gute zum neuen Jahr wünschte. ■

(Aus dem Französischen)



Phan Thi Vang Anh, 1968 in Hanoi geboren, ist ausgebildete Kardiologin und arbeitet heute als Schriftstellerin, als Lektorin eines Buchverlags und als Kolumnenschreiberin für Zeitungen und Zeitschriften. Daneben hat sie auch schon Dokumentarfilme gedreht. Sie lebt abwechselungsweise in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt. Ihr Buch «Wenn man jung ist» traf in den 1990er Jahren den Gemütszustand einer ganzen Generation, wurde zu einem Verkaufsschlager und anschliessend auf Französisch («Quand on est jeune», Editions Picquier) und auf Schwedisch übersetzt. Ihr erfolgreichstes Buch der letzten Jahre ist eine Sammlung ihrer Zeitungskolumnen; es ist bisher allerdings nur auf Vietnamesisch erschienen.



Voudou und Haiti – untrennbar miteinander verbunden

Marianne Lehmann lebt seit fünfzig Jahren in Haiti und hat eine der weltweit wichtigsten Sammlungen von Voudou-Kunst zusammengetragen. Zwischen Katzen und Kriegern hält sie die Erinnerung an eine faszinierende Religion wach. Die Objekte stehen zurzeit in einem Haus in Port-au-Prince, werden aber bald dem Publikum zugänglich gemacht. Von Arnaud Robert.*



1



2



3

Sie lebt neben einer Kirche, in die sie nicht geht. Sonntags spazieren die Gläubigen herausgeputzt an ihrem Haus vorbei und reden darüber, was da vorgeht, ohne je drinnen gewesen zu sein. Was sie wissen: Seit Jahrzehnten wohnt hier eine Weisse mit blonder Haarpracht und empfängt auf der gegenüberliegenden Strassenseite manchmal Voudou-Priester, die eingepackte Dinge mitbringen. Marianne Lehmann ist bei ihr zu Hause in Pétionville oberhalb von Port-au-Prince eine son-

derbare Erscheinung. Die Bernerin kam 1957 mit einem Bébé im Arm nach Haiti. Frisch vermählt mit einem Sohn aus bester haitianischer Familie, den sie in Lausanne als Laborantin kennen gelernt hatte. Die mittlerweile eingebürgerte Ausländerin konnte sich nie dazu durchringen, die Insel zu verlassen, obschon nur wenige Monate nach ihrer Ankunft François Duvalier an die Macht kam; sie blieb trotz Duvaliers Sohn, Militärregime, Aristide und seiner Niederlage.

Auch wenn die einst reizende ländliche Vorstadt von damals nicht mehr zu erkennen ist. Marianne redet in lebhaftem Kreolisch. Und ihr Französisch riecht nach gemahlenem Kaffee.

Eine aus Afrika eingewanderte Religion

Das grosse Haus hat sie ihren Sammelstücken überlassen. Und fast die ganze Umgebung des Häuschens, das sie gegenüber ihrem persönlichen Museum bewohnt, wird von einem Dutzend Katzen in Beschlag genom-

men. Bevor sie die Gittertür zur Sammlung öffnet, erhält man eine Lektion in haitianischer Geschichte. Mit den Jahren wurde Marianne Lehmann klar, dass die Besucher mit vorgefassten Meinungen über Voudou anreisen: Hexerei und Zombies, oder eine leicht morbide Faszination. Deshalb erzählt sie über angekettete Sklaven, in die Berge rund um die Plantagen geflüchtete Marrons und eine Religion, die zwangsläufig von der Erfahrung der Revolte geprägt ist. Eine Religion, die aus

- 1 Rèn Bizango/Reine Bizango
Weibliche Figur
- 2 Mal Pa Dous (Bizango)/Le Mal
N'est Pas Agréable (Bizango)
Bizango Paket
- 3 Malè Bizango/Malheur Bizango
Figur
- 4 Gad Zazi Maza Wangòl/Garde
Zazi Maza Wangòl
Mit Pailletten besetzte Figur mit
Totenkopf
- 5 Renn Mari-Lwiz/Reine Marie-
Louise
Weibliche, auf einem Fauteuil
sitzende Figur mit Kind auf
Schoss
- 6 Magicien
Zauberer
- 7 Boutèy Bosou ak de Kòn/
Bouteille Bossou à deux
Cornes
Zweihörnige Bossou Flasche
- 8 Boutèy gwo vant (twal wouj,
tèt mò sèvi kòm bouchon)/
Bouteille ventrue (tissus
rouge, crâne servant de
bouchon)
Dickbauchige Flasche (rotes
Tuch, Schädel als Zapfen)
- 9 Krich/Cruche
Krug mit drei Öffnungen und
vier Herzen mit aufgemalten
Figuren



4



5



6

Collection Marianne Lehmann, FPV/POCH
Photos Johnathan Waits, MEG (6)

Benin kommt und die Reise übers Meer nicht heil überstanden hat. Voudou ist laut Marianne Lehmann unzertrennbar mit der Leidensgeschichte Haitis verbunden, er besiegelt sie. Die afrikanischen Ursprünge bilden nur einen Teil der mystischen Kulisse. Da sind die Tainos-Indianer, die von den Eroberern dezimiert wurden – Genozid eines Volkes und nicht so sehr seiner Kultur, finden sich doch Spuren davon in jedem haitianischen Voudou-Ritual. Und dann

der Katholizismus, der sich in subtiler Weise ausbreitete. Voudou, wie Marianne ihn erfasst, ist so etwas wie der Bodensatz ihrer Wahlheimat.

Heerscharen von Figuren
Knapp über siebzig ist sie, wirkt aber fünfzehn Jahre jünger. Nie hätte sie geahnt, dass sie als protestantische Bauerntochter eines Tages am andern Ende der Welt landen würde, in dieser Antischweiz mit ihren politischen Umstürzen, dem wirtschaftlichen Niedergang und diesen ir-

gendwo im Gewühl der Stadt verborgenen Zeremonien, bei denen alte Frauen plötzlich die katzenhafte Stimme Erzulie Fredas, der Göttin der Liebe, annehmen.

Vor zwanzig Jahren öffnete ein Junge vor ihr seine Tasche mit einer kleinen Betonfigur drin. Marianne will nichts davon wissen. Von Voudou versteht sie kaum etwas, findet aber, dass solche Skulpturen in einen Tempel (Houmfort) gehören. Der Verkäufer lässt nicht locker, tut so, als würde er die Figur

einem amerikanischen Touristen verhökern. Schliesslich kauft sie sie – und legt damit den Grundstein zu einer der weltweit wichtigsten Sammlungen von Voudou-Kunst, begleitet von der Sorge, grosse Teile des nationalen Erbes könnten aus Haiti abfliessen.

Nach und nach spricht es sich unter den Houngans (Priestern) in Geldnot herum: Dort, bei dieser Frau, finden hochwertige Objekte einen Platz. Marianne Lehmann interessiert sich für die seltensten Stücke, jene, die man



7



8



9

Collection Marianne Lehmann, FR/POCH
Photos Jonathan Watts, WEG ©



Arnaud Robert

Voudou in Genf

Bisher waren die vielen hundert von **Marianne Lehmann** gesammelten Voudou-Objekte der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die kürzlich von der Schweizerin gegründete Stiftung zur Erhaltung und Förderung haitianischer Kulturschätze (FPVPOCH) hat die Aufgabe, die Sammlung zu betreuen und auszustellen. Unterstützt von der DEZA hat sie erste Schritte zur Schaffung eines ständigen Museums in Port-au-Prince unternommen. Bis es soweit ist, wird das europäische Publikum als erstes die Sammlung Lehmann zu Gesicht bekommen. Über 300 Exponate werden ab Dezember im Ethnografischen Museum Genf zu sehen sein. Ab Herbst 2008 geht die Ausstellung auf Europatournee. Sie wird namentlich in Amsterdam und Berlin gezeigt.

Ausstellung «Le vodou, un art de vivre»: 5. Dezember 2007 bis 31. August 2008, Musée d'ethnographie de Genève, geöffnet täglich ausser montags, von 10 bis 17 Uhr, Eintritt frei. Informationen: www.ville-ge.ch/meg

ausserhalb der Geheimbünde nie zu Gesicht bekommt. Zu der Zeit arbeitet sie auf dem Schweizer Konsulat, ihren ganzen Lohn investiert sie in Figuren des Geheimbunds Bizango. Solche, die kaum je ans Tageslicht kommen; die kriegerischsten, die mit einem menschlichen Schädel. Sie gleichen Heerscharen aus ausgestopftem Stoff, aus Ketten, Spiegeln, Waffen.

Im Visier der Christen

Marianne Lehmann bildet Gruppen: Fahnen mit Pailletten, Archäologisches der Taino, Houngan-Sessel, Mysterienschränke, Riesenspiegel aus früheren Präsidentenfamilien. Hunderte, tausende Objekte füllen nach und nach die Stockwerke. Es brauchte wohl eine Ausländerin, um mit dieser Konstanz einen solchen Schatz zusammenzutragen. Auf Haiti ist Voudou bedroht. Bei jedem politischen Umsturz kommt es zu Angriffen auf die Zeremonienstätten. Als Aristide die Insel verliess, wurde sein an Voudou-Exponaten reiches Museum von einer Truppe verwüstet, die unter dem Schutz eines kleinen christlichen Priesters stand. Der Katholizismus konnte den Voudou nicht ausrotten. Horden

amerikanischer Missionare in Sandalen haben sich der Sache inzwischen angenommen. Die Regierungen bedienten sich, eine nach der anderen, dieser populären Kraft, ohne sie wirklich zu verteidigen. Ihrer Vision eines modernen Staates entspricht Voudou mit seinen Verhexungen und seinem Aberglauben nicht.

Marianne Lehmann liess sich nicht abbringen. Sie versammelte Houngans, gebildete Mambo-Priesterinnen und Voudou-Liebhaber um sich. Sie gründete eine Stiftung. Damit eines Tages an den Hängen von Port-au-Prince ein Museum entstehen und in Erinnerung rufen kann, dass diese Religion ein Schlüsselsegment der haitianischen DNA ist.

Das Zombiepulverrezept

Marianne Lehmann blickt mit einer Mischung aus Trauer und Bewunderung auf Haiti, auf ein Volk, das sich unabhängig gemacht hat, auf eine Tradition, die jederzeit die am wenigsten erwarteten Formen annimmt. Sie lebt mitten unter verrückten Skulpturen, unförmigen Holzkörpern und langen Betonteufeln. Mit Sperberblick verfolgt sie die Reaktion des ängstlichen,

betroffenen und schliesslich faszinierten Besuchers. Angst hat sie nicht. Den Absud, den verkleidete Zauberer ihr manchmal vor die Türe leeren, wischt sie einfach weg. Als die NASA vor ein paar Jahren bei ihr anklopfte und um das Zombiepulverrezept bat, behauptete sie lächelnd, keine Ahnung davon zu haben. Mit Geheimnissen zu spielen, ist nicht ihr Ding.

Aber für die Bizango-Skulpturen, die den Kämpfern gegen die Kolonialherrschaft beistanden, hat sie sich eine neue Aufgabe ausgedacht: Reisen, um gesehen zu werden. Um ein für alle Mal zu zeigen, dass haitianischer Voudou nicht dieses dunkle und beängstigende Etwas ist, das die Hollywood-Streifen beschwören. Sondern eine komplexe, systematische und lebendige Religion, die unter den Bedingungen der Sklaverei entstand. Zunächst als Überlebenshilfe, später als Lebenskunst. ■

(Aus dem Französischen)

* Arnaud Robert ist Journalist bei der Tageszeitung «Le Temps» und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Ausstellung «Le vodou, un art de vivre», am Ethnografischen Museum Genf.

Poesie der Stimme

(er) Sie geht unter die Haut, sie ist packend und intensiv, sie berührt und klingt nach: die hauchende, wispernde, flehende und schreiende Stimme der 87-jährigen Chavela Vargas. Ihr gebrochenes Timbre wird durch den Klangreichtum indianischer Instrumente (Rasseln, Schlitz-Trommeln, Muscheln, Flöten) und die filigranen Saitenläufe spanischer Konzertgitarren betont. So entfaltet sich eine Poesie voller Leid und Liebe, in der sich das schicksalsschwere Leben der Sängerin widerspiegelt. Obwohl diese in Costa Rica zur Welt kam, wurde Mexiko zu ihrer Heimat. Sie erlebte hier Höhen



und Tiefen, feierte grosse Erfolge, lebte mit der Malerin Frida Kahlo zusammen, landete als Tequila-Süchtige in der Gosse und raffte sich wieder auf. In Mexiko City beendete die Sängerin vor gut einem Jahr ihre über 50-jährige Bühnenkarriere. Und in Mexiko wurde nun eine exzellente CD-Produktion (inkl. Interview- und Making-of-DVD) realisiert. Nach über 80 Schallplatten-Einspielungen präsentiert die legendäre Musik-Schamanin ein Vermächtnis, dessen emotionale und mystische Kraft die Seele aufs Tiefste bewegt. *Chavela Vargas: «Cupáima»* (Tropical Music GmbH/Musikvertrieb)

Nordafrikanischer Trip

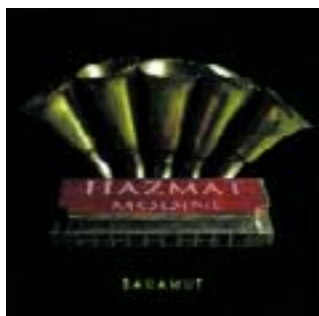
(er) Im Sommer waren erneut «Klänge von anderswo» am Paléo Festival Nyon zu hören. Und



dieser musikalische Trip durch Nordafrika ist wiederum auf einer liebevoll zusammengestellten Kompilation dokumentiert: Berausende Klänge und engagierte Worte sind auf 13 Tracks festgehalten. Kabylen-Chansons und Oriental-Folk, Nomaden-Blues und Berber-Rock, Gnawa-Trance und Ethno-Elektro-Fusion von Künstlern und Gruppen wie Rachid Taha, Idir, Tinariwen oder Tartit nisten sich in den Gehörgängen als anmutig betörender Ohrenschaus ein. Rebellion, Offenheit und Toleranz zeichnen auch das künstlerische Wirken der beteiligten Sängerinnen Natacha Atlas, Djura (algerische Autorin von «Der Schleier des Schweigens. Von der eigenen Familie zum Tode verurteilt.») und Malouma aus. Diese zelebriert mit ihrer neuesten CD eine aussergewöhnliche Vermählung von swingendem Pop mit kargem Wüstenblues. Aus einer mauretanischen Griot-Familie stammend, durfte Malouma bis 2005 in ihrer Heimat nicht auftreten. *Paléo Festival Nyon, Village du Monde 2007, Various: «North Africa – Du Fleuve Sénégal au Nil»* (Disques Office); *Malouma: «Nour»* (Manabi/Disques Office)

Grossartige Soundcollage

(er) Mit unbändig schrägem Spielwitz präsentieren sie auf ihrer Debüt-CD eine globale Soundcollage, die einzigartig und ohrwurmig ist: Acht Musiker aus dem New Yorker Kulturschmelztiegel düngen die Wurzeln des US-Sounds mit



Weltmusik-Substrat, Blues, Country, Swing, Soul und Pop der 1920er bis 60er Jahre mit Balkanbrass, Gypsy, Klezmer und Rocksteady! Es sind fruchtbare und grossartige Klänge und Rhythmen, erspielt mit einem unorthodoxen Instrumentarium: Zu zwei Harmonikas kommen Schlagzeug, Tuba, Trompete, Flöte und Saxofone, Banjitar-Banjo, Hawai-Gitarre, Cimbalom-Zither, Claviola, Sheng-Mundharmonika... Zur instrumentalen Originalität gesellt sich noch stimmliche Qualität – verbürgt durch eine Stimme mit einem bluesig-rauen, auch mal falsettierenden Timbre, das an Tom Waits oder Screamin' Jay Hawkins erinnert. Und wenn dann als Gäste die mongolischen Oberton-Künstler der Band Huun-Huur-Tu miteinstimmen (samt tuwinischem Fiedelgalopp), beginnen die Füsse unweigerlich zu wippen. *Hazmat Modine: «Bahamut»* (Jaro Medien / Karbon Distribution)

Afrikanisches Gericht

Filme Schlicht «Bamako» hiess der Spielfilm von Abderrahmane Sissako, der vor einem Jahr Aufsehen erregte und zahlreiche Preise holte. Der gebürtige Mauretanier schafft es auf intelligente und unterhaltsame Art, von den Problemen in den Beziehungen zwischen Norden und Süden zu reden. Im Hof des väterlichen Hauses in Malis Hauptstadt Bamako installiert sich ein Gericht. Vertreter der afrikanischen Bevölkerung haben einen Prozess angestrebt gegen

Service



IWF und Weltbank, weil sie diese zur Rechenschaft ziehen wollen für das, was auf dem afrikanischen Kontinent schief läuft. Der Wohnhof wird also gleichzeitig Gerichtshof, und während Anklagende, Zeugen und Verteidiger ihre Standpunkte vertreten, spielt das Leben munter weiter, als wäre nichts Besonderes. Damit wird in diesem spannenden Spielfilm aus dem vollen Leben heraus darüber debattiert, wie die nördliche Welt mit der südlichen umgeht. Ein gewitztes Lehrstück nicht nur in Bezug auf Afrika. Die DVD ist ergänzt mit einem längeren Gespräch und einem Begleitheft.

Bestellungen und Information:
Tél. 056 430 12 30
oder www.trigon-film.org

Senegalische «Tontines»

Frauen in Senegal haben mit der Gründung von Spargemeinschaften – sogenannten «tontines» – auf die wirtschaftliche Krise im Land reagiert. Das Sparsystem, in das alle Mitglieder regelmässig kleine Beiträge einzahlen, ermöglicht es den Teilnehmerinnen, von Zeit zu Zeit über eine grössere Summe zu verfügen. Durch dieses, auch in anderen Entwicklungsländern überaus erfolgreiche Mikrofinanz-Instrument, haben sich viele Frauen neue Einkommensquellen eröffnet oder kleine Unternehmungen aufgebaut. Gleichzeitig tragen sie damit erheblich zum Unterhalt der Familie bei. Der Film erklärt das Funktionieren von Spargemeinschaften, gibt Teilnehmerinnen das Wort und vermittelt eindrückliche Impressionen vom

Frauen-Alltag in Senegals Hauptstadt Dakar.

«Tontines – Spargemeinschaften in Dakar», Dokfilm von Elisa Mereghetti, Senegal/I 2000; DVD, 19' (Kurzfassung), ab 16 J.; Verleih und Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tél. 031 389 20 21, verkauf@globaleducation.ch; Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tél. 031 398 20 88, www.filmeineinwelt.ch

Nachdiplome

Das Nadel (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet bis im Mai 2008 folgende Weiterbildungskurse an:

18.2.–22.2. Planung I: Einführung in die Planung von Projekten und Programmen
25.2.–29.2. Friedensförderung in der internationalen Zusammenarbeit

4.3.–7.3. Urbanisierung: Die Beziehung zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Umweltgütern

10.3.–14.3. Promoting more Sustainable Livelihood: Approaches and Practices

31.3.–4.4. Privatsektorförderung
7.4.–11.4. Monitoring I: Projekt- und Programmsteuerung in der Entwicklungszusammenarbeit
15.4.–18.4. Kultur und Entwicklung

21.4.–25.4. Resultate und Prozesse von Projekten und Programmen evaluieren

28.4.–30.4. Industrielle Entwicklung und Umwelt

5.5.–9.5. Training für Moderatorinnen und Moderatoren

13.5.–16.5. Einführung ins Finanzmanagement von Entwicklungsprojekten

19.5.–23.5. OE I: Organisationsentwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit

26.5.–30.5. Monitoring II: Ergebnisorientierte Steuerung auf der Ebene Sektor- und Landesprogramm

Anmeldeschluss: 1 Monat vor

Beginn des betreffenden Kurses.
Auskunft und Anmeldeunterlagen:
ETH Zürich, Nadel-Sekretariat,
VOB B 12, 8092 Zürich,
Tél. 044 632 42 40;
www.nadel.ethz.ch;
Mail:info@nadel.ethz.ch

Gespräche im Balkan

(bf) Was ist seit dem Zerfall des jugoslawischen Vielvölkerstaats geschehen? Was denken Intellektuelle über ihr Land, die Region, den Krieg? Welche Chancen bietet die Zukunft? Das Buch «Dieses Schicksal unterschreibe ich nicht» von René Holenstein, Leiter der Sektion Gouvernanz der DEZA, wirft einen vielfältigen Blick auf die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft der Balkanregion. Das Engagement der 19 Interviewten – Journalisten, Dichterinnen und Theaterschaffenden, Rechtsanwältinnen und Theologen, Philosophen und Soziologinnen aus Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo – umfasst Bereiche wie Menschenrechte und Demokratie, Aufarbeitung der Geschichte, Situation der Frauen, Kultur, Religion, nationale Identität und Globalisierung. Die vielen Querbezüge zwischen den einzelnen Gesprächen geben einen Eindruck davon, wie Intellektuelle im ehemaligen Jugoslawien zusammengearbeitet haben. Die meisten Gespräche führte René Holenstein in den Jahren 2005/06. Das Buch enthält ein Nachwort von Carla Del Ponte, ehemalige Chefanklägerin beim UNO-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag.

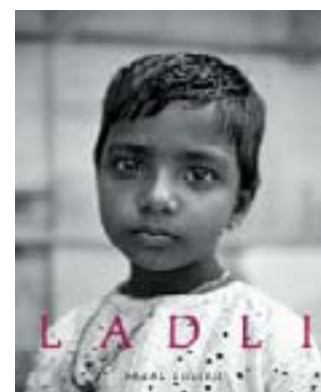
«Dieses Schicksal unterschreibe ich nicht» von René Holenstein,
Chronos Verlag 2007

Indische Frauenschicksale

(bf) Seit über zwei Jahrzehnten dokumentiert der 1965 in New York geborene Fotograf Fazal

Sheikh mit eindringlichen Fotos und Reportagen das Schicksal vertriebener Menschen in Ostafrika, Südamerika und Asien. Dafür und für sein Engagement für die Menschenrechte wurde er mit verschiedenen internationalen Anerkennungen und Preisen ausgezeichnet. Unter anderem erhielt er 2005 eine der bedeutendsten Auszeichnungen für Fotografen überhaupt, nämlich den renommierten Henri-Cartier-Bresson-Preis. In seinem neuesten Buch «Ladli» (‚geliebte Tochter‘ in Hindi), setzt der Sohn eines kenianischen Vaters und einer amerikanischen Mutter, seine Recherchen zur Situation von Mädchen und Frauen in Indien fort. Die erzählten Geschichten schockieren: Noch immer werden in Indien jährlich tausende von Abtreibungen vorgenommen, nur weil der Fötus weiblich ist, tausende von Mädchen werden ihres Geschlechts wegen nach der Geburt getötet, Tausende werden als Mädchen vergewaltigt oder zur Prostitution gezwungen. Eine in Indien laufende Kampagne rechnet mit bis zu 50 Millionen getöteten Mädchen. Der in Zürich, New York und Kenia lebende Fazal Sheikh zeichnet die Schicksale der Überlebenden dieser Katastrophe – kleine Mädchen in indischen Kinderheimen – mit eindringlichen Fotos und Texten nach.

«Ladli» von Fazal Sheikh; Steidl,
Göttingen 2007 (Text nur englisch)





Die Krankheit des Islam

(bf) «Es gehört zu den Aufgaben des Schriftstellers, die eigenen Leute auf ihre Verirrungen aufmerksam zu machen. Ich möchte sozusagen vor der eigenen Tür kehren», sagt der 1946 in Tunis geborene Abdelwahab Meddeb. Er ist nicht nur einer der profiliertesten Vertreter der französischen Schriftsteller arabischer Herkunft, sondern auch einer der führenden Kenner und Kritiker des Islam. Mit seinem Buch «Die Krankheit des Islam» macht er sich auf die Suche nach den tieferen Ursachen des Fundamentalismus im Islam. Auch wenn das Original bereits 2002 in Französisch erschienen ist, hat das Buch nichts an seiner Aktualität eingebüsst. Sachkundig legt er die alte Tradition der Toleranz im Islam frei und analysiert heutige Probleme in der muslimischen Welt. In seinem mutigen und leidenschaftlichen Plädoyer gegen die Selbstzerstörung der muslimischen Zivilisation und ihre Ausgrenzung durch den Westen setzt Meddeb auf einen humanistischen, toleranten Islam, der sich der Herausforderung der

Aufklärung stellt.

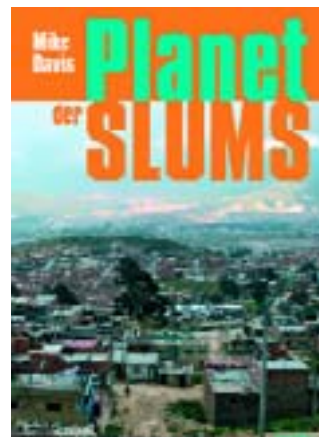
«Die Krankheit des Islam» von Abdelwahab Meddeb, Unionsverlag Zürich 2007

Ungleichheit und Ausgrenzung

(bf) In vielen Entwicklungs- und Industrieländern zerstören soziale Spannungen und Spaltungen, Ausgrenzungen und fremdenfeindliche Tendenzen mehr und mehr jeglichen Gemeinsinn und stärken – meist mächtige – Eigeninteressen. Vor diesem Hintergrund sind die derzeitigen Debatten über «Neue Klassengesellschaft», «Neue Unterschicht» oder «Angst der Mittelschicht» kaum erstaunlich. Sie werfen Fragen nach Ungleichheit und Ungerechtigkeit auf, sie erfordern kritische Gesellschaftsanalyse und neue Konzeptionen von Klassen sowie von Geschlechterungleichheiten. Die Schweizer Halbjahreszeitschrift «Widerspruch» nimmt in ihrer neusten Nummer unter dem Titel «Ungleichheit, Ausgrenzung und soziale Gerechtigkeit» diese Themen auf. Und wie gewohnt beim «Widerspruch», geht die breit gefächerte und beeindruckende Textsammlung von renommierten Autorinnen und Autoren fundiert, beklemmend und anspruchsvoll in die Tiefe. «Widerspruch 52: Ungleichheit, Ausgrenzung und soziale Gerechtigkeit», im Buchhandel oder bei Widerspruch, Postfach, Zürich; Tel/Fax 044 273 03 02; www.widerspruch.ch

Verslumter Planet

(bf) Der Geschichtsprofessor, Soziologe und Sozialkommentator Mike Davis wurde durch seine Untersuchungen der Gesellschaftsstrukturen und der urbanen Entwicklung in seiner Heimat Südkalifornien bekannt und gilt als einer der provokativsten und scharfsinnigsten Intellektuellen der USA. In seinem neusten, ambitionierten und verstörenden Buch «Planet der Slums» nimmt er die menschliche Siedlungsgeschichte ins Visier, ausgehend von der Tatsache, dass heute weltweit zum ersten Mal mehr Menschen in der Stadt als auf dem Land wohnen, jeder sechste Städter in einem Slum lebt. Die wachsenden Armenviertel sind, gemäss Mike Davis, der wiederum amerikanische Militärstrategen zitiert, die «Failed Cities» der Dritten Welt und demgemäss die Schlachtfelder des 21. Jahrhunderts. In diese «Failed Cities» – von den überquellenden «Barricadas» in Lima bis zu



den Müllhalden in Manila – gibt Mike Davis Einblick. Doch nicht nur das: Provozierend und inspirierend, wie das ganze Buch, setzt er diese in Verbindung zu den «gated communities», den bewachten Reichenbezirken, welche seit neustem beispielsweise auch in London errichtet werden.

«Planet der Slums» von Mike Davis; Verlag Assoziation A, Berlin 2007

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Verschiedenes Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen ausserpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Weitere Informationen:
Vortragsservice EDA,
Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern;
Tel. 031 322 31 53 oder
031 322 35 80;
Fax 031 324 90 47/48;
E-Mail: info@eda.admin.ch

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vuffray (vuc - Gesamtkoordination)
Joachim Ahrens (ahj) Barbara Fournier (for)

Thomas Jenatsch (itm) Jean-Philippe Jutzi (juj)
Antonella Simonetti (sia) Andreas Stauffer (sfx)
Beat Felber (bf)

Redaktion

Beat Felber (bf - Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie Mermod SA, Lausanne

Druck Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: DEZA, Medien und Kommunikation, 3003 Bern
Tel. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48
E-Mail: info@deza.admin.ch
Internet: www.deza.admin.ch

860167653

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 56'500

Umschlag Warschau: Edgar Rodtmann/laif

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Einst versuchte man sie mit allen Mitteln zu verhindern, heute diskutiert man gar die positiven Seiten von ihr. Wenn sich die Wahrnehmung eines weltweit diskutierten Themas verändert hat, dann diejenige über die Migration. Ein Dossier über das transnationale Phänomen und das Potenzial der Migration.



Karsten Schönefeld



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA